



ABGESCHOBENE ROMA IM KOSOVO
JOURNALISTISCHE, JURISTISCHE UND MEDIZINISCHE RECHERCHEN

● ROTENBURG/W
● BREMEN

● MÜNSTER

● NORTHEIM

● BOCHOLT

● MELSUNGEN

● FRANKFURT/M

● NÜRNBERG

● STUTT GART

● MITROVICA
MITROVICA

● VUČITRN
VUSHTRRIA

● PRIŠTINA
PRISHTINA

● KOSOVO.POLJE
FUSHË KOSOVA

● PLEMENTINA
PLEMENTINË

● PEÇ
PEJA

● PRIZREN
PRIZREN



Februar 2014. Wir reisen in den Kosovo, um etwas über die Lebenssituation der dort lebenden Roma zu erfahren. Seit dem Rückübernahmeabkommen mit dem kosovarischen Staat von 2010 werden aus der Bundesrepublik Deutschland kontinuierlich Roma dorthin abgeschoben. Eine politische Entscheidung, die mit den realen Verhältnissen vor Ort nichts zu tun hat. Dies haben wir bereits in Serbien* erfahren können: Im Sommer 2013 treffen wir dort auf bittere Armut, auf Menschen, die Kleidung und Papier in Müllcontainern suchen, um diese wieder zu verkaufen. Sie sammeln weggeworfenes Essen, ganze Familien leben davon. Überall drohen Anfeindungen und Angriffe. Nichtsdestotrotz wurde Serbien am 6. November 2014 von der Bundesrepublik zum »sicheren Herkunftsland« deklariert.

Im Kosovo treffen wir Menschen, die überhaupt nichts haben. Die hungern und nur zögernd davon erzählen, weil sie sich dafür schämen oder es für selbstverständlich halten. Deren Leben hier zu Ende gegangen zu sein scheint, deren Pläne und Träume jäh zerschlagen wurden – weil sie aus Deutschland abgeschoben worden sind. Viele können an nichts mehr anknüpfen, weil der Krieg 1998/1999 sie nicht nur vertrieben, sondern vieles zerstört und alles verändert hat. Von den Milliarden, die nach dem Krieg in dieses winzige Stück Staat geflossen sind, haben die Menschen, auf die wir treffen, nicht profitiert. Die Zuordnung zu einer Gruppe oder Minderheit trennt bis heute. In der geteilten Stadt Mitrovica kommt es zwischen SerbInnen und AlbanerInnen immer wieder zu Auseinandersetzungen. Roma sind im ganzen Land Anfeindungen und Angriffen ausgesetzt.

* ebenfalls 2014: **ABGESCHOBENE ROMA IN SERBIEN**
JOURNALISTISCHE, JURISTISCHE UND
MEDIZINISCHE RECHERCHEN

Wir verwenden für die kosovarischen Städte die serbischen Namen, weil diese von den meisten unserer GesprächspartnerInnen benutzt wurden. Links in blau die albanischen Bezeichnungen.

BERICHTE

- 4 DISKRIMINIERUNG Leben ohne Aussicht
- 24 GESUNDHEITSSYSTEM Umsonst ist nur der Tod
- 36 RÜCKKEHRERPROJEKT URA 2 Trojaner in Priština
- 68 ORGANISIERTE KRIMINALITÄT Verstrickte Machthaber
- 92 CHAUVINISTISCHE OPPOSITION Nation ja, Roma nein
- 98 WIEDER DA Rotenburg — Kosovo und zurück

INTERVIEWS

- 86 GESELLSCHAFT Wir sind uns nicht einmal sicher, was für eine Luft wir atmen
- 94 IM SERBISCHEN TEIL MITROVICAS Sie wurden als Erste attackiert
- 20 SCHULSYSTEM Keine Schule ohne Zeugnis

PERSPEKTIVEN

- 22 Ohne Zeugnis keine Schule
- 46 So eine Armut wie hier habe ich noch nie erlebt
- 44 Wenn ich Papiere hätte
- 50 Was wir hier haben ist nichts, nie
- 52 Wir übten für die Bundesjugendspiele
- 73 Man braucht Vitamine. Ich hab das im Fernsehen gesehen
- 78 Mein Haus ist kaputt. Das kommt alles vom Krieg
- 79 Du musst alles selbst bezahlen
- 110 Dann liegt es also nicht an mir



Leben ohne Aussicht

»Mir fehlt Freundschaft, mir fehlt Schule,
mir fehlt Zukunft, mir fehlt alles hier.«

Halil S., 12 Jahre

Auf unserer Reise durch den Kosovo im Februar 2014 haben wir Familien und Einzelpersonen getroffen, die zwischen März 2010 und November 2013 aus der Bundesrepublik Deutschland abgeschoben worden sind.

Alle unsere InterviewpartnerInnen haben vor ihrer Abschiebung viele Jahre in der Bundesrepublik gelebt – im längsten Fall waren dies 22 Jahre. Alle Jugendlichen und Kinder, mit denen wir gesprochen haben, sind in der Bundesrepublik geboren worden. Die Heranwachsenden waren mit ihren Eltern als Kleinkinder eingereist und sind in der Bundesrepublik aufgewachsen.

Die Interviewsprache mit den Abgeschobenen war in nahezu allen Fällen Deutsch. In vielen Familien haben die Kinder und Jugendlichen auch untereinander Deutsch gesprochen, in einigen Fällen war Deutsch die gemeinsame Sprache der gesamten Familie.

Unsere InterviewpartnerInnen haben wir in Prizren, Peç, Priština, dem ehemaligen Flüchtlingslager von Plemetina, in Kosovo Polje und in der Roma-Siedlung in Mitrovica getroffen, die auf dem Gelände der ehemaligen Roma-Siedlung neu aufgebaut wird.

Der Großteil der von uns Befragten war infolge des Kosovo-Krieges und der damit einhergehenden Pogrome gegen Roma und Vertreibungen durch die albanische Mehrheit geflohen und in die Bundesrepublik geflüchtet.

Unzugänglicher Arbeitsmarkt

Sozial und wirtschaftlich gehört der Kosovo aktuell zu den ärmsten Regionen Europas. Die Erwerbslosenrate im Kosovo liegt Schätzungen zufolge bei rund 43 Prozent, in der Gruppe der 15- bis 25jährigen sind nach Schätzungen zwischen 60 Prozent¹ und 75 Prozent² erwerbslos.

Das Land ist zu großen Teilen abhängig von internationaler Entwicklungshilfe; Transferleistungen aus der kosovarischen Diaspora, vor allem in der Bundesrepublik und der Schweiz, spielen wirtschaftlich eine große Rolle.³

Über die Erwerbslosenquote unter den Angehörigen der Roma oder Ashkali gibt es keine genauen Zahlen, Schätzungen der Gemeinden zufolge haben jedoch zwischen 80 bis 90 Prozent der Angehörigen dieser Minderheiten (RAE) keine Arbeit.⁴ Einige Quellen sprechen von einer Arbeitslosenquote unter den RAE von über 90 Prozent.⁵ Die UNICEF schätzt, dass die Arbeitslosigkeit unter den RAE in der Hauptstadt Priština bei 100 Prozent liegt.⁶ Nach Auskunft der Ombudsperson Institution in Kosovo liegt die Arbeitslosenquote unter den Roma/Ashkali im gesamten Kosovo bei ca. 98 Prozent.⁷

Während unserer Reise durch den Kosovo haben wir diese immens hohen Zahlen bestätigt gesehen: Keine der von uns interviewten abgeschobenen oder »rückgeführten« Roma verfügten über einen Arbeitsplatz oder auch nur die Aussicht auf einen solchen.

Unsere mit Regelmäßigkeit vorgetragene Frage nach Erwerbstätigkeit oder entsprechenden Perspektiven wurde mit einem ungläubigen Blick oder einem Auflachen verneint – dies markierte die Realitätsferne und »Naivität« unsere Nachfrage. Wenn Angehörige der Minderheiten überhaupt die Möglichkeit bekommen, Geld zu verdienen, dann als Tagelöhner.

RAE: Minderheitenbezeichnung in der EU für Roma, Ashkali, Egyptians
Ombudsperson: Institution Menschenrechtsbeauftragte im Kosovo

1) »Labour Force Survey 2012« (erstellt von Weltbank und der kosovarischen Statistikagentur lt. Auswärtiges Amt (http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Kosovo/Wirtschaft_node.html, zuletzt aufgerufen am 11.05.2014)

2) Bundeszentrale für politische Bildung (<http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/68855/drei-jahre-kosovo-16-02-2011>, zuletzt aufgerufen am 11.05.2014)

3) Auswärtiges Amt, website a.a.O.

4) Human Rights Watch, Rights displaced, forced returns of Roma, Ashkali and Egyptians from Western Europe to Kosovo, Oktober 2010.

5) Diakonisches Werk der Evangelischen Kirche in Deutschland, Bericht einer Recherchereise vom 10.04.–20.04.2010 zur Einschätzung der Lage der Minderheiten (RAE) in Kosovo, 30.05.2010

6) Amnesty International, Not welcome anywhere, stop the forcible return of Roma to Kosovo, September 2010

7) <http://www.aktion302.de/Die-Situation-im-Kosovo.242.0.html> (zuletzt aufgerufen am 09.05.2014)

So berichtet uns der vor drei Jahren nach Vollendung seines 18. Lebensjahres alleine aus Pirmasens abgeschobene 22jährige Erdin aus Kosovo Polje, dass er regelmäßig frühmorgens an der nahegelegenen Bushaltestelle steht und dort versucht, einen Job als Aushilfskraft auf dem Bau zu bekommen. Dies klappt aber nach seinen Erfahrungen höchstens ein bis zwei Mal im Monat. Dann bekommt Erdin für 12 Stunden Arbeit als Bauhelfer am Ende des Tages 10 Euro – wenn er einen Arbeitsgeber hatte, der auch wirklich bezahlt. Dies scheint gegenüber Roma nicht immer der Fall zu sein.

Die meisten anderen Familien, denen wir begegnet sind, sammeln recyclebares Material aus dem Müll, um zu überleben. Am meisten rentiert sich dabei Metall und anderer wiederverwertbarer Schrott – der ist allerdings auch am begehrtesten und deshalb am schwersten zu bekommen. Viele Familien sammeln daneben auch noch Alu-Dosen und Plastikflaschen.

Shkurta D.* erläutert uns bei unserem Besuch in ihrem Haus in der Roma-Siedlung in Mitrovica die Konditionen: Für einen prall gefüllten 120-Liter-Plastiksack mit zusammengepressten Plastikflaschen bekommt sie ca. 40 bis 50 Cent. Um einen solchen Sack voll zu bekommen, muss sie im Durchschnitt drei bis vier Tage lang sammeln und die Flaschen dann im Hinterhof ihres Hauses kleintreten.

Nicht wenige der Menschen, die wir getroffen haben, wissen sich angesichts der aussichtslosen Situation nicht anders zu helfen, als auf der Straße um Geld zu bitten.

Burim, der 2011 alleine abgeschoben wurde, nachdem er mit seiner Familie 20 Jahre lang in Bocholt/NRW gelebt hat, ist seit seiner Ankunft in Priština völlig mittellos. Das Rückkehrerprojekt URA 2 hat ihn lediglich sieben Tage lang unterstützt. Danach war er – wie viele andere Abgeschobene und Rückgeführte – auf sich selbst gestellt. Auf unsere Nachfrage, ob es für ihn nicht möglich sei, einen Job zu bekommen, lacht er laut und kommentarlos auf. Burim macht sich fast täglich von Kosovo Polje zu Fuß auf in die 10 km entfernte Innenstadt von Priština, um dort auf der Straße um Geld zu bitten. Wenn es richtig gut läuft, hat er nach einem Tag 2,50 Euro in seinem Becher.

Auch Lulzim S., den wir in Peč treffen, wohin er 2010 nach 22 Jahren aus Rotenburg/Wümme mit seiner Frau und seinen vier Kindern abgeschoben wurde, hat bis heute keine Arbeit finden können. Er sammelt Müll. Die Familie kann nur aufgrund der Unterstützungen von Freunden aus der Bundesrepublik überleben. Sein Sohn, der 20jährige Lutfi, hat vor einigen Monaten für drei Tage einen Job in einem Callcenter bekommen können. Dort wurde er als Rom jedoch von Arbeitskollegen so schikaniert und gedemütigt, dass er diesen Arbeitsplatz verlassen musste, um sich zu schützen. Seinen Lohn für die drei Tage erbrachte Arbeit hat sein Chef ihm verweigert.

Auch Selbstständigkeit ist für Angehörige der Roma oder Ashkali keine Option: Trotz mehrfacher und beharrlicher Nachfragen unsererseits konnte keine/r unserer GesprächspartnerInnen auch nur ein Geschäft, ein Café oder einen Kiosk, der im Besitz von Roma gewesen wäre, in Priština nennen.

Drei Studierenden der Universität Priština, die wir u.a. zu den Studierendenprotesten interviewten, fiel nach einigem Nachdenken lediglich ein, dass in dem Café »Tingle Tangle« zumindest zeitweise einmal Roma gearbeitet hätten.

Während unserer Delegationsreise konnten wir uns mehrfach täglich davon überzeugen: Ein regulärer, zugänglicher Arbeitsmarkt existiert für Roma und andere Minderheiten (RAE) nicht. Dieser bleibt ihnen strukturell und faktisch verwehrt – und dies aus einem einzigen Grund: weil sie Roma sind.

Entwendetes Hauseigentum

Die meisten Abgeschobenen und Rückgeführten, die viele Jahre im Ausland gelebt haben, haben im Kosovo keine Wohnung oder Unterkunft mehr. Einige Abgeschobene und Rückgeführte hatten vor dem Krieg ein eigenes Haus auf einem kleinem Grundstück. Manche haben ihren Besitz verkauft, um die Auswanderung in die EU zu finanzieren, die Häuser anderer wurden im Krieg oder während der interethnischen Auseinandersetzungen zerstört.⁸

In vielen Fällen aber sind die noch bestehenden Häuser von kosovo-albanischen Familien in Besitz genommen worden, die nicht die Eigentümer sind. Die meisten Roma verfügen nach ein oder zwei Jahrzehnten in der Bundesrepublik nicht mehr über die Eigentumsurkunden – oder aber haben nie solche Papiere besessen und können folglich schriftlich nichts beweisen. Gemäß UNHCR können nur 30 bis 40 Prozent der (zwangsweise) zurückgeschickten Personen wieder an den Ort ihres früheren Aufenthaltes im Kosovo zurückkehren.⁹

Auf unserer Delegationsreise war das geraubte Hauseigentum unserer GesprächspartnerInnen immer wieder Thema. Keine einzige der von uns besuchten Familien hatte das durch den Krieg verlorene Grundstück wieder bebauen und/oder das Haus wieder bewohnen können. In allen uns bekannt gewordenen Fällen hatten sich Kosovo-Albaner unrechtmäßig die Häuser und Grundstücke der Roma-Eigentümer angeeignet.

In einigen Fällen haben die betroffenen Roma versucht ihr Recht einzuklagen, indem sie die illegitimen HausbewohnerInnen auf die realen Eigentumsverhältnisse hinwiesen.

Lulzim S. aus Peč berichtet uns, dass er mehrfach versucht habe, mit der albanischen Familie, die sich seines Elternhauses bemächtigt hat, zu sprechen. Diese habe jedoch die Eigentumsverhältnisse geleugnet und ihn und seinen Sohn unter Androhung von Prügel verjagt. Später dann sei ihm von dem albanischen Bewohner seines Elternhauses der »Rückkauf« dieses Hauses für 20.000 Euro angeboten worden. Eine entsprechende Anzeige von Herrn S. bei der Polizei in Peč ist völlig ergebnislos verlaufen. Weder die Polizei noch die Gemeinde sei gewillt gewesen, ihn zu unterstützen, da Herr S. die verlangten Beweise nicht vorlegen konnte. Obwohl alle wüssten, dass das Haus der Familie gehöre, seien sie mit der Aussage abgespeist worden: »Wenn da Albaner wohnen, können wir nichts machen«.

Bei unserem Besuch bei Familie S. in Peč am 21. Februar 2014 überlegt Herr S. zunächst, ob wir dieses Elternhaus, das nur ca. 500 m entfernt liegt, von außen besichtigen wollen. Nach kurzer Überlegung entscheidet er sich jedoch dagegen: Falls wir als ausländische Gruppe dort gesehen würden, könnte dies für ihn und seine Familie gefährlich werden – sie müssten dann

UNHCR: Flüchtlingswerk der Vereinten Nationen

8) UNICEF, No place to call home, repatriation from Germany to Kosovo as seen and experienced by Roma, Ashkali and Egyptian children, August 2011.

9) Amnesty International, Not welcome anywhere: stop the forcible return of Roma to Kosovo, September 2010

mit Vergeltungsmaßnahmen seitens der albanischen Bewohner rechnen. Von der Familie S. selbst wagt sich niemand mehr, sich dem Elternhaus zu nähern.

Eine ähnliche Schilderung hören wir von Sevginaz B., die nach 14 Jahren im November 2013 aus Berlin abgeschoben wurde, obwohl sie dort schon Kontakt mit der Härtefallkommission aufgenommen hatte. Wenige Tage vor Abgabe der erforderlichen Unterlagen hatte die Ausländerbehörde jedoch ihre Abschiebung vollzogen. Frau B. lebte bis zum Krieg 1999 in ihrem Haus in Vuçitrn, knapp 20 km von Mitrovica entfernt. Als sie im November 2013 zurückkehrte, suchte sie als erstes ihr Haus auf. Von der albanischen Familie, die ihr Haus in Besitz genommen hat, wurde sie beschimpft, bedroht und verjagt. Auch Frau B. traut sich aus Angst vor Demütigung und Gewalt nicht mehr in ihr Elternhaus zurück. Auch in ihrem Fall entscheiden wir uns zugunsten ihrer Sicherheit, nicht zu dem Haus zu fahren, um es zu fotografieren.

Unerträgliche Wohnverhältnisse

Abgeschobene Roma können nach ihrer Rückkehr während der Dauer von sieben Tagen auf Staatskosten in einem Hotel untergebracht werden. Nach sieben Tagen müssen die Personen jedoch selbst eine Lösung gefunden haben. Wenn möglich, gehen sie zu Freunden oder Bekannten, falls diese noch in Kosovo leben. Oft teilen sie sich dann winzige Wohnungen mit mehreren Mitgliedern der Großfamilie. Viele leben auf diese Weise mit 10 bis 15 Personen in einer »Zwei-Zimmer-Wohnung«¹⁰.

Familien, die nicht wissen, wohin sie gehen sollen, gehen in Lager für intern Vertriebene, wo sie auf schwerste Lebensbedingungen treffen. Wieder andere besetzen vorübergehend unbewohnte Häuser, laufen jedoch Gefahr, vertrieben zu werden. Einige Familien finden eine provisorische Unterkunft, können aber die Mietkosten nicht tragen und werden daher aus ihrer Bleibe vertrieben.

Wir treffen auf unserer Reise unsere GesprächspartnerInnen sämtlichst in völlig unzureichend ausgestatteten Wohnungen oder Häusern an. Geheizt wird – wenn überhaupt – in Küchenhexen mit gesammeltem Kleinholz. Keine Wohnung verfügt über eine andere Heizquelle – und dies bei Temperaturen, die im Winter regulär und dauerhaft bei -20°C liegen. In den meisten Wohnungen gibt es überhaupt kein fließendes Wasser – von einer Warmwasserversorgung ganz zu schweigen. In vielen Wohnungen sind die Fenster kaputt oder fehlen ganz – die klaffenden Löcher im Gemäuer sind mit Plastikplanen verhängt.

Während unserer Reise hören wir mehrfach die Befürchtung, dass die flächendeckende Wasserversorgung im Sommer nicht mehr gewährleistet sein wird. Dies wird uns auch vom Bundeswehr-Stab im KFOR-Feldlager in Prizren bestätigt. Die Stromversorgung ist ebenfalls problematisch – gleich am Abend unserer Ankunft fällt im gesamten Stadtgebiet von Priština der Strom für mehrere Stunden komplett aus. Zahlreiche Geschäfte schalten Generatoren ein. Wir sehen eine Apotheke, in der drei Kerzen auf dem Tresen kleben. An solche Stromausfälle sind alle gewöhnt. In einigen von uns

besuchten Familien hat der Stromversorger wegen ausbleibender Zahlungen die Leitungen zeitweise oder auch dauerhaft gekappt. Von den Bundeswehr-Offizieren der KFOR wird uns auch dies bestätigt: der Stromversorger stellt bei Zahlungsunfähigkeit eines einzelnen Haushaltes häufig den Strom in der gesamten Straße ab. Abgesehen von solchen mehr als fragwürdigen Sanktionsmaßnahmen ist die Energieversorgung im Kosovo insgesamt als unzureichend zu bezeichnen.¹¹

Bei unserem Besuch bei Leonarda D. und ihrer Familie in Mitrovica, die im Oktober 2013 aus Frankreich abgeschoben wurde, kocht ihre hochschwangere Mutter das Mittagessen in einer kleinen Pfanne, die sie über die Flamme von zwei Kerzen hält. Nach einer knappen Stunde ist das Essen, bestehend aus fünf auf diese Weise gebratenen Eiern, fertig.

Sebilje in Kosovo Polje wurde vor drei Jahren mit ihrem Mann und ihren drei Töchtern aus Göttingen abgeschoben. Sie war als Kleinkind mit ihren Eltern in die Bundesrepublik geflüchtet. Das Haus, in dem die Familie wohnt, ist in einem sehr schlechten Zustand. Es gibt kein fließendes Wasser, aus dem Wasserschlauch im Garten kommt nur 3 bis 4 Stunden am Tag überhaupt Wasser. Sie füllt es deshalb in leere Plastikflaschen ab. Ein Bad gibt es gar nicht, die HausbewohnerInnen müssen sich in Plastikschüsseln waschen. Aber auch diese Unterkunft müssen sie zum 28. Februar 2014 verlassen haben, da die Gemeinde die Miete danach nicht mehr zahlen wird.

Als wir die Familie am 16. Februar besuchen, weiß Sebilje nicht, wo sie zwei Wochen später mit ihrem Mann und den Töchtern sein wird. Sie muss befürchten, mit ihren Kindern – das jüngste nicht mal ein Jahr alt – einfach auf die Straße gesetzt zu werden, denn: »Hier hilft uns keiner.«

Viele Einzelpersonen, die wir treffen, leben seit ihrer Abschiebung aus der Bundesrepublik auf der Straße und finden zeitweise Unterschlupf bei Freunden, aber auch bei Unbekannten, die die Neuankommlinge unter extrem beengten Verhältnissen vorübergehend aufnehmen.

Burim aus Bocholt kommt im Winter und bei Kälte zeit- und gelegentlichsweise bei Bekannten unter, lebt im Sommer aber auch auf der Straße. So auch Sevginaz B., der wie vielen der Zugang zu ihrem Elternhaus verwehrt wird. Sie lebt in Mitrovica im Roma-Viertel tagsüber auf der Straße, nachts kann sie jeweils für wenige Nächte bei ihr unbekanntem Familien schlafen, die die 40jährige Frau nicht allein auf der Straße lassen wollen.

Menschenunwürdige Sozialleistungen

Eine generelle staatliche Grundsicherung existiert im Kosovo nicht – ebenso wenig wie ein funktionierendes Krankenversicherungssystem.

In besonderen Fällen wird Sozialhilfe pro Familie geleistet, sie muss in der Gemeinde beantragt werden. Wie uns Ridvan Gashi, Redakteur der Minderheitensparte beim staatlichen Fernsehsender RTK 1 in Priština berichtet, ist das System der Antragstellung aber kompliziert und für viele Menschen schwer zu durchschauen. Über die Anträge wird in Ausschüssen auf drei verschiedenen Ebenen entschieden (Kommune, Bezirk, Innenministerium) – und selbst wenn positiv beschieden wird, reicht der Betrag kaum zum Überleben: der Sozialleistungssatz beträgt zwischen 35 und 75 Euro im Monat

KFOR: Kosovo Force, multinationale militärische Formation unter der Leitung der NATO

10) Die Anführungszeichen sollen markieren, dass es sich hier lediglich um zwei Zimmer handelt, die im besten Fall von anderen Zimmern oder Wohnungen getrennt sind. Von der Realität bundesdeutscher 2-Zimmerwohnungen und ihrer Grundausstattung sind diese jedoch weit entfernt, mitunter sehr weit.

11) Auswärtiges Amt, website a.a.O.

für die gesamte Bedarfsgemeinschaft. Antragsberechtigt sind Familien ohne ein arbeitsfähiges Familienmitglied und ohne andere Einkommensquellen, Personen über 65 Jahre und ohne Beschäftigung, Behinderte, Alleinerziehende oder Familien mit wenigstens einem Kind unter fünf Jahren.

Voraussetzung für den Bezug von Sozialleistungen ist die Registrierung im Kosovo. Meist müssen entsprechende Dokumente (z.B. Geburtsurkunden) vorgelegt werden. Abgeschobene Roma können sich häufig, u.a. aufgrund fehlender Nachweise, nicht problemlos registrieren lassen. Probleme bei der Registrierung und hinsichtlich des Zugangs zu Sozialleistungen sind durch viele Untersuchungen und Berichte bereits bestätigt worden.¹²

Doch selbst wenn Sozialleistungen bewilligt werden: Auch im Kosovo kann keine Familie vom Höchstsatz von 75 Euro/Monat menschenwürdig leben. Wie wir bei unserer Reise feststellen konnten, sind die Preise im Kosovo erstaunlich hoch und liegen bei vielen Produkten auf dem gleichen Niveau wie in der Bundesrepublik – und teilweise sogar noch darüber.

Die ökonomische Situation aller unserer GesprächspartnerInnen im Kosovo war katastrophal schlecht. Nahezu alle Menschen, die wir getroffen haben, litten unter akutem Hunger – insbesondere die Kinder. Viele ernährten sich über Tage und Wochen hinweg hauptsächlich von trockenem Weißbrot.

Herr G., der mit seiner Frau und seinen fünf Kindern vor anderthalb Jahren aus Warendorf abgeschoben worden ist, erzählt bei unserem Besuch in Kosovo Polje, dass er regelmäßig Essen aus dem Müll für seine Kinder sammelt. »Aber keine Salami und kein Fleisch. Da habe ich Angst, sie zu vergiften.« Er deutet auf einen Sack Kartoffeln, den er vom Ertrag tagelangen Schrottsammelns gekauft hat: »Das muss für uns alle noch knapp zwei Wochen reichen.«

Milaïm F., mit dem wir im ehemaligen Flüchtlingslager von Plementina bei Priština sprechen, erzählt uns, dass eine Romni wenige Monate zuvor in großer Verzweiflung sogar ihre Niere im Internet zum Verkauf angeboten hat.

Gefährlicher Schulbesuch

Wie die UNICEF mit zwei Untersuchungen in 2010 und 2011 bereits dokumentiert hat, besuchen mindestens zwei Drittel der abgeschobenen Kinder aus ethnischen Minderheiten im Kosovo nicht die Schule.¹³

Die Gründe hierfür sind vielfältig: Die Kinder sprechen kein albanisch und das gesamte Unterrichtsmaterial muss selbst finanziert werden. Als manifestes, strukturelles Hindernis stehen einem Schulbesuch von abgeschobenen Roma-Kinder außerdem die Probleme bei deren Registrierung im Weg.

Bei unserem Besuch bei »Iniciativa 6« in Prizren, einem Projekt, das sich für den Schulbesuch von Roma-Kindern engagiert, berichtet uns der Projektleiter Osman Osmani, dass die kosovarischen Schulen als Voraussetzung der Schulung die Vorlage sämtlicher Zeugnisse aus der Bundesrepublik verlangen. Alle Schulbesuchsbescheinigungen müssen in Übersetzung vorliegen. Die Kinder müssen dann bei der entsprechenden Regierungsstelle

in Priština angemeldet werden, was wiederum die Zahlung von Gebühren und die Finanzierung der Fahrt in die Hauptstadt erfordert.

Osman Osmani rechnet uns vor, welche Kosten zusammenkommen: 20 Euro pro Kind und Anmeldung plus 10 Euro pro Übersetzung der Dokumente pro Kind plus die Fahrt nach Priština. Bei zwei Kindern ergibt das beispielsweise ca. 70 Euro. Vor dem Hintergrund von maximal 75 Euro monatlicher Sozialhilfe für die ganze Familie lässt sich leicht ermessen, dass diese Summen für die allermeisten Abgeschobenen nahezu unüberwindbare Hürden darstellen.

Keine der von uns interviewten Eltern konnte uns im Übrigen berichten, dass das »Rückkehrerprojekt URA 2« bei der Überwindung dieser Hindernisse zur Beschulung von Kindern irgendeine organisatorische oder finanzielle Unterstützung angeboten hätte – eine Information, die Osman Osmani aus seiner professionellen Erfahrung bestätigt.

Doch selbst wenn all diese Hürden in Eigenverantwortung genommen werden konnten, entscheiden viele Eltern früher oder später, ihre Kinder aus Sorge um deren körperliche Unversehrtheit wieder von der Schule zu nehmen. Alle unsere GesprächspartnerInnen erzählen uns von psychischen und physischen Übergriffen albanischer MitschülerInnen auf Roma-Kinder. Auch von den LehrerInnen, die ebenfalls der kosovo-albanischen Bevölkerungsmehrheit angehören, erfahren die Kinder keine wirkliche Unterstützung oder gar Schutz.

Sebilje, deren älteste Tochter Elisa (10 Jahre) die Schule besucht, berichtet uns, dass das Mädchen oft verängstigt aus der Schule nach Hause kommt. Sie ist die einzige Angehörige der Roma-Minderheit in ihrer Klasse und nur eine der wenigen in der ganzen Schule. Oft wird sie gehänselt und eingeschüchtert – weil sie keine guten Kleider und keine guten Schuhe trägt, weil ihr ihre Armut und die Nicht-Teilhabe an der Gesellschaft deutlich anzusehen sind. Sebilje möchte sehr gerne, dass ihre Tochter, die in Göttingen eingeschult worden ist, weiter die Schule besuchen kann. Aber sie befürchtet, dass sie ihre Tochter bald von der Schule nehmen muss oder diese sich aus Angst irgendwann weigert, dort hinzugehen.

Auch Lulzim S. berichtet uns von solchen Übergriffen. Er und seine Frau sahen sich allerdings bereits gezwungen, ihren 12jährigen Sohn Halil aus der Schule zu nehmen. Halil war in der Schule mehrfach Demütigungen durch seine albanischen Mitschüler ausgesetzt. Schließlich wurde er auf dem Nachhauseweg von einigen von ihnen überfallen, bedroht und körperlich misshandelt. Der Übergriff durch seine Mitschüler ereignete sich nach wenigen Wochen Schulbesuch in Peč, seitdem bleibt er aus Angst zu Hause. Während unseres Besuches sitzt der 12jährige still, aber aufmerksam am Rand und spricht kein Wort mit uns. Sein Vater erzählt uns, wie Halil ihm gegenüber sein Leben im Kosovo beschreibt: »Papa, mir fehlt Freundschaft, mir fehlt Schule, mir fehlt Zukunft, mir fehlt alles hier.«

Auch viele andere Eltern berichten uns auf unserer Reise von Demütigungen und Diskriminierungen bis hin zu offener rassistischer Gewalt durch albanische Kinder und Jugendliche – und von ihrer großen Sorge um ihre Kinder. Von entsprechenden Gegenmaßnahmen seitens der LehrerInnen oder der Schulleitung weiß niemand zu berichten.

UNICEF: Kinderhilfswerk der
Vereinten Nationen

12) vgl. Karsten Lütke, Perspektiven bei einer Rückkehr in das Kosovo, insbesondere für Angehörige ethnischer Minderheiten, 2007; vgl. Schweizerische Flüchtlingshilfe, Kosovo. Rückführung von Roma, Ashkali und Ägyptern, März 2012

13) Verena Knaus u.a., Stilles Leid – Zur psychosozialen Gesundheit abgeschobener und rückgeführter Kinder. UNICEF Kosovo in Zusammenarbeit mit Kosovo Health Foundation, 2012

Gewalt gegen Roma

Das Auswärtige Amt informiert auf seiner Website, dass sich im Kosovo mehrere hunderttausend illegale Schusswaffen in Privatbesitz befinden. Die Hemmschwelle zu deren Einsatz sei vergleichsweise niedrig.¹⁴

Bei unserem Besuch beim KFOR-Kontingent der Bundeswehr am 18. Februar 2014 reagieren die sechs anwesenden Offiziere auf unsere Frage, inwieweit die Entwaffnung der Zivilbevölkerung geklappt habe, unisono mit einem schallendem Lachen. Der Presseoffizier stellt daraufhin klar: Die kosovo-albanische Bevölkerung sei mit automatischen Schnellfeuerwaffen und Kalaschnikows ausgestattet.

Alle im Kosovo wissen von dieser flächendeckenden Bewaffnung der Zivilbevölkerung – auch die Angehörigen der Minderheiten. Alle unsere GesprächspartnerInnen kommen im Laufe der Interviews früher oder später auf ihre Angst vor der albanischen Bevölkerung oder auch auf ganz konkrete Gewalterfahrungen zu sprechen.

Lulzim und Ajshe S. aus Peç erzählen uns, dass ihr fünfjähriger Sohn beim Spielen auf der Freifläche vor ihrem kleinen Zwei-Zimmer-Haus von albanischen Nachbarn mit der Begründung mit Steinen beworfen wurde, er sei zu laut. Einer der Steine habe ihn am Kopf getroffen, er sei voller Blut gewesen. Frau S. streicht ihm die Haare aus der Stirn: dort ist über der linken Augenbraue noch die Narbe dieses Übergriffes zu sehen. Seit diesem Vorfall verlassen nur noch Lulzim und sein ältester Sohn das Haus, wenn sie auf die Suche nach verwertbaren Rohstoffen gehen. Seine Frau und die Kinder bleiben aus Angst 24 Stunden am Tag im Haus. Seit fast zwei Jahren. An dieser Stelle im Interview zeigt Herr S. auf den kleinen Röhrenfernseher, in dem eine deutsche Quizsendung auf RTL läuft und stellt uns vor: »Das da, das ist unser einziger Freund.«

Ähnlich geht es auch Familie K., die vor zwei Jahren aus Melsungen abgeschoben wurde und die wir im Anschluss an unseren Aufenthalt im Feldlager der KFOR in Prizren treffen. Familie K. wohnt als einzige Roma-Familie mitten in einem rein albanischen Viertel – genau wie Familie S. in Peç. Auch die 19jährige Bajramsha K. hat seit fast einem Jahr das kleine Haus, in dem sie mit ihren Eltern und ihren drei Brüdern lebt, nicht mehr verlassen. Vor knapp einem Jahr war sie abends einkaufen und wurde von einem jungen albanischen Mann auf der Straße sexuell belästigt. Bajramsha konnte sich befreien und nach Hause flüchten, aber diese Gewalterfahrung und die hasserfüllten, antiziganistischen Demütigungen des Mannes machen ihr noch immer Angst, als sie uns davon erzählt. Seitdem bleiben sie und ihre Brüder zum Schutz vor weiteren Übergriffen immer im Haus. Bajramshas große Frage bleibt, warum sie aus dem Land, in dem sie geboren und aufgewachsen ist, in diese Unsicherheit abgeschoben wurde. »Mein Wunsch ist zerplatzt«, bringt sie ihre Situation auf den Punkt.

Auf unsere Frage, ob sie die diskriminierenden und gewalttätigen Übergriffe durch die kosovo-albanische Bevölkerung zur Anzeige brächten, reagieren viele unserer GesprächspartnerInnen, die von dieser Gewalt erzählen, mit ungläubigen Blicken oder – ähnlich wie bei der Frage nach Arbeitsmöglichkeiten – mit resigniertem Auflachen. Alle wissen: Im besten

Fall verfolgt die Polizei solche Anzeigen nicht, im schlechtesten Fall drohen den Betroffenen dort weitere Demütigungen – oder gar Repressionen durch die Ordnungskräfte selbst.

Die Bundestagsabgordnete Ulla Jelpke (Die Linke) vermutet: »Antiziganistische motivierte Gewalttaten werden noch zunehmen, wenn in den nächsten Jahren weitere Tausende Roma und andere in den Kosovo zurückkehren und die soziale Lage sich weiter verschlimmert.«¹⁵

Ob und inwieweit der in der albanischen Bevölkerung tief verwurzelte rassistische Hass auf Roma und andere Minderheiten durch die zunehmenden Abschiebungen von Roma noch weiter zunimmt oder ob er nicht vielmehr davon unabhängig ist und strukturell besteht, sei an dieser Stelle dahin gestellt. Fakt ist, dass wir uns während der neun Tage, die wir als Delegation durch den Kosovo gereist sind, von dieser romafeindlichen Grundstimmung selbst ein Bild machen konnten – zuallererst und vor allem über die eindrücklichen Berichte unserer GesprächspartnerInnen, aber auch durch das Misstrauen der kosovo-albanischen Bevölkerung gegenüber unserer Reisegruppe, das wir immer wieder spüren konnten.

Roma im Kosovo sind aufgrund des weitverbreiteten Rassismus gegen Roma nicht in Sicherheit. Die Tatsache, dass die Mehrheit der kosovo-albanischen Zivilbevölkerung bewaffnet ist, ist auch vor diesem Hintergrund alles andere als eine beruhigende Nachricht.

Fazit

Allerorten werden dem Kosovo keine guten Noten ausgestellt. Wie die Bundeszentrale für politische Bildung und das Auswärtige Amt auf ihren jeweiligen Websites mitteilen, gibt es im Kosovo insgesamt erhebliche Defizite bezüglich rechtsstaatlicher Strukturen, eine verbreitete Korruption und organisierte Kriminalität. Insgesamt wird eine fehlende Effizienz des Rechtssystems diagnostiziert.¹⁶

Laut Amnesty International (AI) hat die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) festgestellt, dass die Umsetzung des Kosovo-Aktionsplans zur Integration von Roma, Ashkali und Ägyptern nicht vorankommt, weil es an Geld, Koordinierung und belastbarem Datenmaterial mangelte.¹⁷ Wie im Amnesty Report 2013 ausgeführt, ist die Diskriminierung von Roma nach wie vor weit verbreitet, auch von körperlichen Übergriffen werde immer wieder berichtet.

Wir konnten uns auf unserer Delegationsreise im Februar 2014 selbst ein Bild davon machen: Roma und andere Minderheiten werden in allen alltäglichen Aspekten des Lebens wie Arbeit, Bildung, Bewegungsfreiheit, Zugang zu Sozialleistungen und zu Gesundheitswesen, Registrierung und angemessene Unterkunft generell und systematisch diskriminiert.

Abgeschobene oder »rückgeführte« Roma sind im Kosovo generell nicht willkommen. Die meisten werden gar nicht, niemand wird angemessen unterstützt. Die Neukommenden werden staatlicherseits nicht nur im Elend alleine gelassen, sondern sind auch konkret gefährdet. In unseren persönlichen Begegnungen und unseren Interviews wurde an allen Stellen deutlich:

15) Ulla Jelpke, Abschiebung ins Nichts, junge Welt vom 27.04.2014

16) Bundeszentrale für politische Bildung: <http://www.bpb.de/politik/hintergrund-aktuell/68855/drei-jahre-kosovo-16-02-2011>, zuletzt aufgerufen am 11.05.2014; Auswärtiges Amt: http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Kosovo/Wirtschaft_node.html, zuletzt aufgerufen am 10.05.2014

17) <http://www.amnesty.de/jahresbericht/2013/serbien-einschliesslich-kosovo>

14) www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinformationen/00-SiHi/KosovoSicherheit.html (zuletzt aufgerufen am 13.05.2014)

Roma im Kosovo sind struktureller, multifaktorieller Diskriminierung und sowie gewalttätigen Übergriffen ausgesetzt. Ein Leben in Sicherheit und Würde gibt es im Kosovo für Roma nicht.

Die vielfältigen Ausgrenzungs- und Diskriminierungserfahrungen stellen zusammengenommen eine schwere Menschenrechtsverletzung dar – dies trifft vor allem auf die besonders schutzbedürftige Gruppe der Kinder zu. Eine Veränderung oder gar Besserung der Situation ist in keinster Weise in Sicht.

Sebilje aus Kosovo fasst dies so zusammen: »Hier im Kosovo kannst du als Roma nicht leben. Hier kannst du nur sterben.«

rechts oben: In einem Zimmer in den Baracken Plementinas macht ein Mädchen Holz für den Kaffee.

Beide Fotos unten: In diesem Raum schlafen und kochen 12 Leute.





Priština ist die größte Stadt des Landes. Überall wird gebaut. Seit dem Kosovokrieg 1999 sind 75 Prozent der Stadtstruktur umgebaut worden. Der historische Kern ist nicht durch, sondern nach dem Krieg weitestgehend zerstört worden. Da es bis 2005 nicht möglich war, Baugenehmigungen zu bekommen, fand der Umbau im Rahmen von informellen Bautätigkeiten statt. Eine Folge sind große infrastrukturelle Probleme zum Beispiel für Wasserversorgung und Elektrizität. Wir fragen alle möglichen Leute, wo das Geld her kommt. Eine Antwort bekommen wir nicht.
[Vgl. Kai Vöckler, Zerstören durch Bauen]



Modern sind Hochhäuser mit Glasfassade, mit historischen Bezügen auf Jugoslawien soll die Architektur möglichst wenig zu tun haben. Die Bevölkerungszahl von Pristina hat sich in den letzten zehn Jahren verdreifacht.

Keine Schule ohne Zeugnis

PRIZREN. Ibrahim arbeitet für »Iniciativa 6«.

Die NGO wurde von fünf Roma gegründet und versucht in Prizren unter anderem, den Zugang zu Schule und Bildung für Roma, Ashkali und andere diskriminierte Minderheiten im Kosovo zu ermöglichen. Er berichtet von bürokratischen Hürden.

Wir haben einen 15jährigen Jungen gesprochen der sagte, er ginge seit Jahren nicht zur Schule, weil ihm die Papiere aus Deutschland fehlten. Ist das ein Einzelfall oder kennen Sie mehr Kinder mit ähnlichen Problemen? In Prizren haben wir einige dieser Fälle, noch mehr sind es in Jakova und es gibt auch in anderen Städten im Kosovo eine Menge Kinder, die nicht in die Schule können, weil die Papiere fehlen.

Was machen diese Kinder den ganzen Tag? Wir versuchen hier Freizeitaktivitäten zu organisieren, aber es ist uns nicht möglich, allen zu helfen.

Wissen Sie, ob diese Kinder arbeiten, wenn sie nicht zur Schule gehen? Ja, in vielen Fällen arbeiten Kinder auf der Straße.

Können Sie mir genau erzählen, was passiert, wenn Familien ihre Kinder nach der Abschiebung einschulen wollen? Wir haben große Probleme mit den Leuten, die aus Deutschland und aus Frankreich kommen. Die Kinder, insbesondere aus Frankreich, sind nicht in der Schule angemeldet. Weil sie keine Papiere haben.

Und die Geburtsurkunden reichen nicht aus? Nein, die reichen nicht, benötigt werden Dokumente von den vorherigen Schulen.

Gilt das nur für Kinder über fünfzehn, sechzehn, oder auch für Grundschul Kinder? Das geht von sechs bis fünfzehn. Jedes Kind, das in Deutschland oder anderen Ländern zur Schule ging, braucht einen Nachweis über den Schulbesuch.

Wenn eine Familie beispielsweise um fünf Uhr morgens abgeschoben wird und nur das Nötigste mitnehmen kann und dann keinen Nachweis für den Schulbesuch in Deutschland hat, dann kann das Kind hier nicht zur Schule gehen? Ja, so ist es. Weil es kein Dokument hat.

Und wenn sie die Dokumente organisieren können, wenn Verwandte zur Schule gehen und die Dokumente senden, was passiert dann? In dem Fall müssen die Dokumente hergeschickt werden.

Wie lange dauert es dann noch? Was ist noch zu tun, bis die Kinder wirklich zur Schule können? Wir organisieren Sprachkurse in unserem Zentrum, denn hier im Kosovo musst du albanisch können und serbisch sprechen. Zwei Jahre musst du das in der Schule lernen.

Manche Kinder können ein wenig albanisch durch die Eltern. Wie ich es verstehe, können aber auch diejenigen, die albanisch sprechen, nicht sofort in die Schule, weil die richtigen Papiere fehlen? Genau, weil die Schulbesuchsbestätigungen von den Schulen da sein müssen und die Geburtsurkunden nicht ausreichen.

Und wenn sie die deutschen Papiere direkt zur Schule bringen, können sie dann direkt anfangen oder sind noch weitere Schritte notwendig? Erst muss die Sprache erlernt werden, danach können die Kinder beschult werden.

Müssen die Nachweise wirklich erst zum Bildungsministerium? Alle Dokumente müssen ins Albanische oder Serbische übersetzt werden. Das muss selbst bezahlt werden. Das Bildungsministerium muss diese Papiere bearbeiten, danach müssen die Papiere in die Schule. Dann ist der Vorgang abgeschlossen.

Wieviel kostet die Übersetzung? Für ein Kind vielleicht 65 bis 70 Euro. Daneben entstehen aber weitere Kosten, denn der Vorgang im Bildungsministerium in Priština kostet auch Geld, circa 32 Euro pro Kind.

Wie kommen die Dokumente nach Priština? Die Leute müssen persönlich nach Priština fahren, also die Mutter, der Vater, auf jeden Fall jemand von der Familie. Das kostet mit dem Bus hin und zurück 8 Euro.

Was kostet die Übersetzung? 10 Euro pro Seite, wenn du mehrere Seiten hast mehr, vielleicht 20 Euro.

Müssen denn alle Klassen belegt werden, oder nur die zuletzt abgeschlossene? Die letzte.

Müssen die Eltern die gesamten Kosten selbst tragen? Ja. Wenn sie nicht arbeiten, dann müssen sie das von Sozialhilfe zahlen.

Wieviel Geld ist das? 65 Euro für die ganze Familie, egal ob du ein oder fünf Kinder hast, du bekommst nur 65 Euro.

Also ist es ein Problem für die Familien, das Geld dafür zu besorgen? Ja, das ist ein großes Problem. Für alle Familien, die in den Kosovo kommen.

Wie lange dauert es Ihrer Erfahrung nach bis diese bürokratische Prozedur beendet ist und das Kind endlich zur Schule geht? Es gibt einige Fälle, in denen das bereits abgeschlossen ist, aber wir haben auch Fälle, in denen es ein oder zwei Jahre gedauert hat.

Unterstützen Sie die Menschen dabei? Manchmal begleiten wir sie, oder wir unterstützen sie, die Dokumente zu lesen oder etwas zu schreiben.

Aber Ihre Initiative arbeitet lokal, nicht in ganz Kosovo? Ja.

Also gibt es Orte, an denen es für abgeschobene Eltern schwieriger ist, die notwendigen Papiere zu besorgen? Ja. Wir unterstützen nur die Leute in Prizren.

Ohne Zeugnis keine Schule

PRIZREN. Bei der Roma-NGO **Iniciativa 6** in Prizren treffen wir einen Jungen, der fließend deutsch spricht. Er will nicht gefilmt werden und sagt die besten Sätze, wenn wir nicht dokumentierten. Zwischendurch hatte er unsere Kamera, eine von uns sollte singen. Das war für beide unangenehm und brach das Eis. Wie viele andere schildert er eine Kindheit voller Ortswechsel und unsicherer Aufenthalte. Er erzählt, dass er seit mindestens sieben Jahren nicht zur Schule geht.

Du hast uns erzählt, du bist abgeschoben worden aus Deutschland. Ja.

Und wie lang ist das jetzt her? Ein paar Jahre, so sechs, sieben Jahre.

Und aus welcher Stadt in Deutschland kommst du? Aus Stuttgart, aus Schwäbisch-Gmünd.

Wie alt bist du heute? Heut bin ich 15 Jahre alt.

Das heißt, du warst so... sieben, acht Jahre alt.

Bis du in Deutschland schon zur Schule gegangen? Ja.

Weißt du noch wie lange? 2 Jahre, 3 Jahre vielleicht.

Bist du danach dann im Kosovo irgendwann mal zur Schule gegangen? Nein.

Warum nicht, was war das Problem? Ich hatte diesen Pass, wie heißt das, von der Schule nicht.

Das Zeugnis? Ja, das Zeugnis.

Und konntest du nicht einfach mit deinen Eltern zur Schule gehen und sagen: »Hier bin ich! Hier ist meine Geburtsurkunde!«? Ja. Wir waren da. Mein Vater war schon schon überall in den Schulen. Die haben gesagt: »Ohne Zeugnis, keine Schule.« Die wollten, die könnten mich auch in die erste Klasse schicken, aber das geht nicht. Ich weiß schon alles aus der ersten Klasse.

Ja. Das heißt, du kannst, seit du hier bist, gar nicht mehr zur Schule gehen? Nein. Bis ich mein Zeugnis habe.

Ich weiß schon alles aus der ersten Klasse

Umsonst ist nur der Tod

Gesundheitsversorgung im Kosovo

Nach dem Lagebericht des Auswärtigen Amtes¹ sollte die Versorgung mit rezeptpflichtigen Standardmedikamenten, die auf der »Essential Drug List« stehen, kein Problem sein:

»Für medizinische Leistungen sowie für Basismedikamente aus der »Essential Drug List« zahlen Patienten Eigenbeteiligungen, die nach vorgegebenen Sätzen pauschal erhoben werden. Von der Zuzahlungspflicht befreit sind Invaliden und Empfänger von Sozialhilfeleistungen, Rentner, Schwangere, chronisch Kranke, Kinder bis zum 15. Lebensjahr, Schüler und Studenten bis zum Ende der Regelausbildungszeit, Kriegsveteranen und Personen über 65 Jahre.«

Die Behauptung der kostenlosen Medikamentenversorgung taucht – oft wortwörtlich übereinstimmend mit dieser Formulierung aus dem Lagebericht des Auswärtigen Amtes – in zahllosen Bescheiden des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge (BAMF) auf. In Asylverfahren ist die Frage der Medikamentenversorgung im Kosovo oft von zentraler Bedeutung. In nahezu jeder von Abschiebung bedrohten Roma-Familie aus dem Kosovo gibt es Personen, die gravierend erkrankt und laufend auf Medikamente angewiesen sind – vom »normalen« Medikamentenbedarf von ansonsten überwiegend gesunden Personen gar nicht zu reden.

Der Sozialhilfesatz beträgt maximal 75 Euro monatlich für eine Familie. Bereits wenige fehlende Euro für ein Medikament können für abgeschobene Familien zu einer ernsthaften gesundheitlichen Bedrohung werden.

Wir haben daher nahezu alle Personen, mit denen wir auf unserer Recherchereise gesprochen haben, nach der Wirklichkeit der Medikamentenversorgung im Kosovo gefragt. Und die Realität sieht so aus: Medikamente sind ohne Selbstzahlung faktisch nicht zu bekommen.

Milaim F., 37 Jahre alt, aus Plementina (ca. 13 km nördlich von Priština), erzählt uns im Interview: »Der Arzt schreibt Medikamente auf, die muss man selbst bezahlen. Für den Arztbesuch zahlt man weitere zwei Euro, wenn man keine Sozialbescheinigung hat.«

Seine Tochter hatte kürzlich Fieber. Wegen fehlender sechs Euro wollte der Arzt ihr nicht die notwendige Spritze geben.

Burim K., abgeschoben aus Bocholt/NRW, erzählt am 16.2.2014 in Kosovo Polje: »Ich bin zuckerkrank, brauche regelmäßig Medikamente und die kriege ich nicht, mir wird nicht geholfen. Ich gehe selbst von morgens bis abends betteln, obwohl es mir sehr peinlich ist. Die haben gesagt, sie geben Essen, zu trinken, eine Unterkunft – das ist alles gelogen. Eine Wohnung für ein Jahr und etwas zu essen – und das wars.« | **Seite 46**

Sebilje G., abgeschoben aus Göttingen, erzählt uns ebenfalls am 16.2.2014 in Kosovo Polje: »Hier gibt es keine Sozialhilfe. Ich hab drei Mal versucht, meine Kinder anzumelden. Die haben gesagt: »Es gibt nichts, deine Kinder sind in Deutschland geboren«. Die Kleine ist im Kosovo geboren, aber eine Geburtsurkunde für sie kann ich nicht holen. Sie musste zum Arzt zur Untersuchung, aber ich bin nicht gegangen. Warum nicht? Weil man bezahlen

muss. Das haben wir nicht. Die Kleine hat ein bisschen Probleme mit der Hüfte und Herzgeräusche. Das Herz macht so BRRSSST. Ich war vor einem Monat da und die haben gesagt, die brauche jeden Monat eine Kontrolle, aber ich hab kein Geld, ist alles privat.« | **Seite 50**

Ebenfalls am 16. Februar 2014 interviewten wir in Kosovo Polje Familie G., abgeschoben aus dem Kreis Warendorf bei Münster (NRW). Herr G. erzählte uns, für eine medizinische Versorgung beim Arzt müssten sie 100 Euro bezahlen. Die Familie ist einer zusätzlichen Gesundheitsgefährdung ausgesetzt, weil die Wohnung von Schimmel befallen ist. Nach Angaben von Herrn G. seien deshalb alle krank. »Wenn die Kinder krank sind, musst du bezahlen. Wo kann ich nehmen dieses Geld?«, sagt Herr G.

Unsere letzten Illusionen über eine vermeintlich kostenlose Medikamentenversorgung wurden schließlich durch ein Interview mit Familie S. am 21. Februar 2014 in Peč ausgeräumt. Familie S. war Anfang 2010 aus Rotenburg/Wümme (in Niedersachsen) abgeschoben worden, nachdem sie 22 Jahre in der Bundesrepublik gelebt hatte.

Ajshe war und ist psychisch krank, zwei Söhne leiden unter Diabetes und brauchen Insulin. **Lulzim** erzählt uns, seine Frau müsse eigentlich alle 14 Tage in die Ambulanz gehen, um dort eine Depotspritze zu bekommen, die alleine 266 Euro kostet.

Wie gehen Sie damit um, dass drei Personen aus Ihrer Familie eigentlich ständig Medikamente benötigen? **Lulzim** Ich habe noch einen Bruder in Deutschland, der nimmt regelmäßig Medikamente. Eine Ärztin hat uns auch ein bisschen geholfen, wir haben eine Tüte mitbekommen mit Medikamenten, die waren abgelaufen. Bis jetzt haben wir es damit geschafft. Wir haben vielleicht noch drei, vier Patronen.

Ajshe Manchmal haben wir gar nichts gehabt.

Kriegen Sie noch Medikamente aus Deutschland?
Lutfi Er (zeigt auf seinen fünfjährigen Bruder) muss auch spritzen, aber normalerweise muss ich ihn spritzen, muss ich ihm helfen. Das ist Actraphit, das ist wegen Essen und das andere ist ein Schlafmittel.

Ajshe Das ist schwer hier zu finden.

Lutfi Das kostet hier alles Geld.

Was würde passieren, wenn sie keine Spenden mehr aus Deutschland kriegen? **Ajshe** Das haben wir einmal mit dem Kleinen gehabt. Er war bewusstlos, schwer krank. Da konnten wir nichts machen. Er war fast tot. Mit Keksen haben wir es weiter versucht.

Lutfi (zeigt eine Insulinspritze) Diese einzige kostet in Deutschland 250 Euro. Eine.

Lulzim Die sind, wenn man bewusstlos ist.

Also mein Bruder (er lebt in Rotenburg/W.) ist Diabetiker. Was er nimmt, teilt er mit uns. Halbe nimmt er, halbe schickt er uns. Er muss normalerweise drei bis vier Mal am Tag Blut messen. Er macht es zwei Mal, um uns den Rest hier her zu schicken.

Was haben Sie für Erfahrungen mit Ärzten im Kosovo? **Ajshe** Gar nicht. Kostet Geld, haben wir nicht.

Waren die Kinder mal beim Arzt? **Lulzim** Die hatten keine Medikamente. Die Schwester hatte Feierabend, wir sind nach Hause gegangen ohne Medikamente.

Der Landkreis Rotenburg hatte 75 Euro monatlich für Medikamente zugesagt. Bekommen Sie heute noch etwas vom Landkreis? **Lulzim** Nichts. Ich nichts, mein Papa kriegte ein Pflaster, für den Rücken. Das bezahlen sie schon. Meine Frau hat vier Mal etwas bekommen für ihre Depotspritze, die ist wichtig für meine Frau.

Lutfi Ehrlich gesagt, die Spritze, die meine Mutter bekommen muss, die gibt es nirgendwo im Kosovo. Nur in Deutschland.

Haben Sie Hilfe vom deutschen Rückkehrerprojekt URA 2 bekommen? **Lulzim** Also, ein Herr Kaas hat von Deutschland in URA 2 gearbeitet. Wir mussten da hin, zwei, drei Mal die Woche.

Weil wir eine kleine Hilfe von URA 2 bekommen haben. Und da habe ich gesagt: »Wir brauchen noch Hilfe für Medikamente«. Ich habe gesagt: »Meine Frau ist psychisch krank. Mein Sohn ist Diabetiker, der Lutfi, und der kleine auch.« Da haben sie gesagt: »Herr S., haben Sie ein Rezept? Oder wissen Sie, wie das Medikament heißt?« Da habe ich gesagt: »Das heißt Rispedal, 25 Milligramm. Das sind aber Depotspritzen, keine Medikamente.« Er hat zu mir gesagt: »Ich versuche es in Priština oder Peč oder Gjakova das zu besorgen.« Das hat er über zwei Monate versucht. Im ganzen Kosovo. Er hat gesagt: »Gab's nicht.« Er hat es auch in Mazedonien versucht. Diese Spritze gab es nicht. Da ist sie so geblieben ohne gar nichts. Da ist sie durchgedreht.

Die Nichtbehandlung der manifesten psychischen Erkrankung von Frau S. hatte bereits eigen- und fremdgefährdende Auswirkungen. So hat sie in einem Schub bereits ein Mal nachts die Familie mit dem Messer bedroht. Außerdem kam es zu Problemen mit den albanischen Nachbarn.

Haben Sie URA 2 mal auf die Diabetes-Medikamente angesprochen? **Lutfi** Die von URA 2 haben uns Bescheid gegeben. Haben gesagt: »Gehen Sie zu den Ärzten in Peč, vielleicht kriegen Sie das umsonst.« Wir sind hingegangen, da haben die uns angeguckt: »Nee, woher haben Sie das? Woher haben Sie diesen Auftrag?«

Wie lange ist das jetzt ungefähr her mit URA 2 und den Ärzten? **Lulzim** Zwei, drei Monate vielleicht.

Ajshe Aber sowieso: Die helfen uns nicht mit den Spritzen, besser ist es, die Medizin aus Deutschland zu bekommen. Wir bekommen keine Hilfe, keine Spritzen.

Was machen Sie, wenn keine Medikamente da sind? **Lulzim** Wenn man nichts hat, dann hat man nichts.

Lutfi Ich kenne mich zwar aus, aber was soll man machen mit ihm? (Er zeigt auf seinen fünfjährigen, ebenfalls zuckerkranken Bruder) Er kann das nicht selber nehmen! Was ist, wenn mein Vater nicht da ist? Unsere Mutter ist psychisch krank.

In Mitrovica haben wir die 15jährige Leonarda D. besucht und interviewt | Seite 73. Leonarda war im Oktober 2013 von Beamten der zuständigen Präfektur im Departement Doubs in Frankreich während eines Schulausflugs aufgegriffen worden. Die Abschiebung ihrer Mutter und ihrer fünf Geschwister war am Tag dieses Schulausflugs angesetzt worden. Dann war sie in den Kosovo abgeschoben worden. Französische LehrerInnenverbände hatten gegen das Vorgehen der Behörden protestiert, Präsident Hollande bot ihr schließlich eine Rückkehr an – alleine, ohne ihre Eltern. Leonarda lehnte entschieden ab und forderte die gemeinsame Rückkehr mit ihrer gesamten Familie. Das traumatische Erlebnis der Festnahme aus dem von der Polizei verfolgten und gestoppten Schulbus schilderte Leonarda in mehreren Interviews aus dem Kosovo den französischen Medien. Bei unserem Besuch erzählt uns auch Leonarda von der mangelnden medizinischen Versorgung: »Mein Vater zum Beispiel soll jetzt 5000 Euro selbst bezahlen für eine Operation.«



Hilfe ist unterwegs. Hier kommt der Notarzt.

Die Sozialwissenschaftlerin Eli Gashi vom Institut »Alter Habitus« erzählt uns im Interview | Seite 86, der Arzt bzw. das Krankenhaus händige eine Liste der benötigten Medikamente aus. Diese müssten dann selbst besorgt werden. Weiter berichtet sie von etwa zehn (kosovo-)albanischen Familien, die nach der Zusage medizinischer Versorgung aus Schweden abgeschoben worden waren – nach Recherchen schwedischer Zeitungen haben diese Familien nach ihrer Abschiebung in den Kosovo jedoch keinerlei Versorgung erhalten.

Bei unserem Informationsgespräch mit dem Führungsstab der KFOR-Einheit der Bundeswehr in Prizren am 18. Februar 2014 erläutert der interkulturelle Einsatzberater Thyssen, man müsse im Kosovo sogar die Einweghandschuhe für den Arzt selber kaufen.

Auf unsere Frage, warum die Bundeswehr in Prizren ihre vorhandenen medizinischen Angebote und Einrichtungen nicht auch Einheimischen zur Verfügung stelle, antwortet der Chef des Stabes des Deutschen Einsatzkontingents in Prizren, Herr Hartmann: »Dann würde sicherlich jeden Tag eine Schlange von einem Kilometer Länge vor dem Tor stehen – das wäre gar nicht leistbar.«

Während unserer Recherche besuchten wir auch das »Rückkehrzentrum« URA 2 in Priština. Die offizielle Selbstdarstellung dieses Projekts liest sich so: »Das Projekt ›URA 2‹ wird seit Januar 2009 durchgeführt und rein national gefördert.

Dazu haben sich der Bund und die Bundesländer Baden-Württemberg, Mecklenburg-Vorpommern, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen-Anhalt und Thüringen mit dem Ziel zusammengeschlossen, zurückkehrenden Personen die Reintegration in der Republik Kosovo zu erleichtern und das Rückkehrmanagement insgesamt weiter zu verbessern.«³

Für die juristische Rechtfertigung von Abschiebungen ist URA 2 von zentraler Bedeutung. Selbst das BAMF muss angesichts der offensichtlichen Not von Roma im Kosovo

einräumen, dass abgeschobene Roma oder unter Druck »freiwillig« ausgereiste Roma massive Schwierigkeiten bei der Lebensunterhaltssicherung und der Gesundheitsversorgung haben. Angebliche Hilfen von URA 2 und beschönigende Auskünfte von URA 2 sind daher häufig die entscheidenden Rechtfertigungen, um Roma abschieben zu können.

So wurde im Fall der Großeltern der Familie S. aus Rotenburg/W. auf Basis einer angeblichen Auskunft von URA 2 behauptet, der Medikamentenbedarf der chronisch kranken Personen könne mit monatlichen Zahlungen von 75 Euro komplett finanziert werden – später sollte sich herausstellen, dass dieses Geld bei weitem nicht ausreicht. | » Seite 98

Edona Lekaj, Projektassistentin und Vertreterin der Leiterin von URA 2 in Priština, durfte uns erst ein Interview geben, nachdem sie sich telefonisch bei Herrn Jordan vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge in Nürnberg rückversichert hatte. Dieser hatte zunächst jedes Interview untersagt und war erst nach einigem Nachhaken unsererseits bereit, seine Blockade aufzugeben. Nach den deutlichen Vorgaben des Bundesamtes mussten wir uns auf Fragen der medizinischen Versorgung beschränken.

Anfangs malte Frau Lekaj das Bild einer perfekten kosovarischen Gesundheitsverwaltung, die selbst westeuropäische Standards in den Schatten stellen würde:

Sie sagen, die Menschen können über das Innenministerium die Kosten für Medikamente beantragen. Das hört sich doch sehr kompliziert an: ich stelle morgens fest, mein Kind ist krank, hat hohes Fieber und braucht Medikamente. Da kann ich doch nicht erst einen Antrag beim Innenministerium stellen? **Frau Lekaj:** Nein. In der Kommune. In der zuständigen Kommune geht das.

Und das wird am selben Tag noch bewilligt und das Kind bekommt dann die Medikamente? **Frau Lekaj:** Auf jeden Fall.

Wir haben zum Beispiel in Kosovo Polje eine Familie getroffen, die abgeschoben wurde. Die Frau hat einen Tumor, die Kostenübernahme für die Nachsorge dieser Operation ist nicht gesichert. Wo wir auch hingekommen sind, gab es pro Familie mindestens eine Person, meistens zwei, die gravierende Erkrankungen hatten und die sagten, dass sie nicht wissen, wie sie die ärztliche Behandlung und Medikamente bezahlen können.

Frau Lekaj: Das ist schade. Wirklich sehr schade.

Am Ende machte Frau Lekaj dann unfreiwillig deutlich, wie in der Praxis die angeblich kostenlose Medikamentenversorgung ausgehebelt wird:

Frau Lekaj: Falls das Krankenhaus irgendwas nicht im Besitz hat, dann muss man eigentlich auch Medikamente selber kaufen.

1) Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Republik Kosovo (Stand: November 2013), Auswärtiges Amt Gz.: 508-516.80/3 KOS vom 29. Januar 2014, S. 28

2) <http://www.alle-bleiben.info/situation-der-familie-sala-nach-ihrer-abschiebung-nach-kosovo/>
<http://www.alle-bleiben.info/vier-jahre-spater-im-marz-2010-hat-alle-bleiben-familie-shala-eine-woche-nach-der-abschiebung-nach-kosovo-besucht/>

3) <http://www.bamf.de/DE/Rueckkehrfoerderung/ProjektKosovo/projektkosovo-node.html>

Wenn meine Mutter auch im Kosovo wär, wär das schlimmer für mich. Weil ich nicht wüsste, wie ich für sie sorgen sollte.



Wandschmuck made in Germany: Das »Rückkehrerprojekt URA 2« stellt Flugzeuge aus deutsch-französischer Produktion aus.

Die Räume von URA 2 wirken wie die einer Galerie. Hier der Bekleidungsraum.



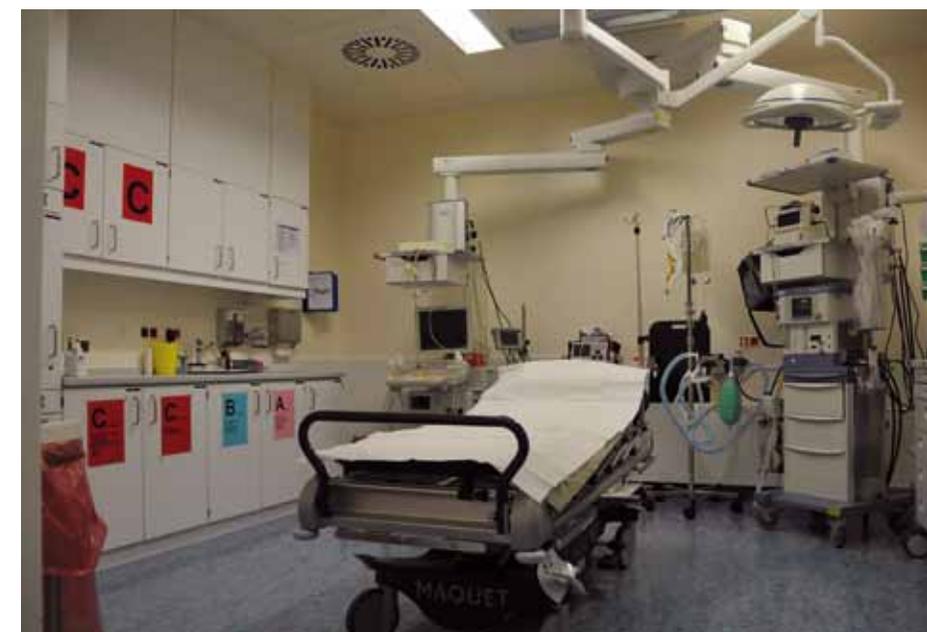
Deutsche Botschaft in Priština.
Rundherum Visa-Agenturen, die die Organisation übernehmen.
Wir wollen fragen, warum es immer wieder zu Problemen bei
Vaterschaftsanerkennungen und Schulbesuchen kommt, werden
jedoch nicht vorgelassen und bekommen auch keinen Termin.





Im deutschen KFOR-Lager gibt es viel zu tun: Waffen sichern, Steine bemalen, Müll trennen.

Das deutsche KFOR-Kontingnt stellt die medizinische Versorgung der gesamten KFOR sicher. Diese entspricht dem deutschen Standard. Auf unsere Frage, warum die Bundeswehr in Prizren ihre Einrichtungen nicht auch der Bevölkerung zur Verfügung stellt, sagt der Chef des Stabes: »Dann würde sicherlich jeden Tag eine Schlange von einem Kilometer Länge vor dem Tor stehen.«



Trojaner in Priština

Das Rückkehrerprojekt URA 2

ERSTMALS VERÖFFENTLICHT
IN DER TAZ.NORD AM 18.10.2014

Was Hilfsprojekte anrichten können, ist an »URA 2« im Kosovo zu sehen, das von mehreren Bundesländern gefördert wird.

PRIŠTINA. Ein bisschen suchen muss man schon, bis man in Kosovos Hauptstadt Priština das Büro von »URA 2« findet. Etwas eingerückt liegt es in der kleinen Straße »Andrea Gropa«, Plakate mit dem Logo des deutschen Bundesamts für Migration und Flüchtlinge weisen den Weg. »Ura« – das heißt »Brücke« auf Albanisch und ist ein Projekt für »Rückkehrer« in den Kosovo, das Niedersachsen seit 2009 mit sechs anderen Bundesländern und dem Bund finanziert. Erst kürzlich beschloss Niedersachsen eine Verlängerung bis 2015.

Im Kosovo soll URA 2 die »Reintegration heimkehrender Personen« unterstützen und ein »nachhaltiges Rückkehrmanagement« leisten, so steht es in den Faltblättern, die für das Projekt werben. »Rückkehrer« heißen bei deutschen Behörden alle Menschen, die in ein Land abgeschoben wurden oder »freiwillig ausreisen« – ganz gleich, ob sie jemals dort waren und in Deutschland geboren wurden.

Bei einem Besuch im Februar ist die Tür zum URA 2-Gebäude zunächst verschlossen. Ein Pförtner macht auf. Hinter seiner Loge ist ein leerer Besprechungsraum, an den Wänden hängen Plakate mit Motiven aus Nürnberg, der Hauptstadt des Bundesamtes für Migration, und Industrie-Fotografien mit dem Aufdruck »Made in Germany«. Auch eine deutsche Fahne labbert in der Ecke. In einem Raum in der oberen Etage stehen drei Stockbetten, auf Bügeln hängen Kleider, Sakkos und Hemden. Es wirkt drapiert und ausgestellt.

Die Menschen müssten hier eigentlich Schlange stehen: Überall in Priština trifft man auf Abgeschobene, die Lumpen tragen und in schlimmsten Verhältnissen leben, in Baracken oder Abriss-Häusern. An diesem Morgen ist von all diesen Menschen im URA 2-Gebäude nichts zu sehen. Nur Kinderzeichnungen an den Wänden geben einen Hinweis darauf, dass hier manchmal geöffnet sein könnte.

Stärker wirkt URA 2 offenbar in Deutschland. Standardmäßig wird in Asylverfahren in Niedersachsen von Behördenseite auf die Hilfeleistungen hingewiesen, die in den Faltblättern gelistet sind. Das Projekt dient als Mittel, die von Gerichten möglicherweise feststellbaren Abschiebehindernisse – etwa aus gesundheitlichen Gründen – im Vorhinein auszuhebeln. Über URA 2 erhalten »Rückkehrer« für bis zu sechs Monate eine Unterstützung von höchstens 75 Euro – in einem Land, in dem die Lebensmittelpreise mit den deutschen vergleichbar sind. Nach den sechs Monaten können die Menschen allerdings nicht zurück.

FlüchtlingsvertreterInnen kritisieren das Projekt deshalb seit Jahren. Für Roma, die größte Gruppe der aus Deutschland Abgeschobenen, bietet URA 2 keine wirkliche Perspektive, diene aber als Argument, um sie abzuschieben. Die unzureichende Gesundheitsversorgung im Kosovo, die katastrophale Wohnsituation für Roma und deren Diskriminierung durch die albanische Bevölkerung – mit Mitteln des Projektes lasse sich das nicht beheben.

In den Broschüren von URA 2 ist von »Unterstützungen bei Behörden-gängen« und »psychologischer Betreuung« die Rede, von Zuschüssen für Miete, Medizin, Schulsachen oder die Erstausrüstung der Wohnung. Um die Integration auf dem Arbeitsmarkt zu fördern, können Fortbildungskosten von einmalig bis zu 170 Euro bezahlt werden, für eine Existenzgründung

sogar mehrere tausend Euro. Wer aus Deutschland »freiwillig« ausgereist ist, erhält mehr als »rückgeführte Personen«.

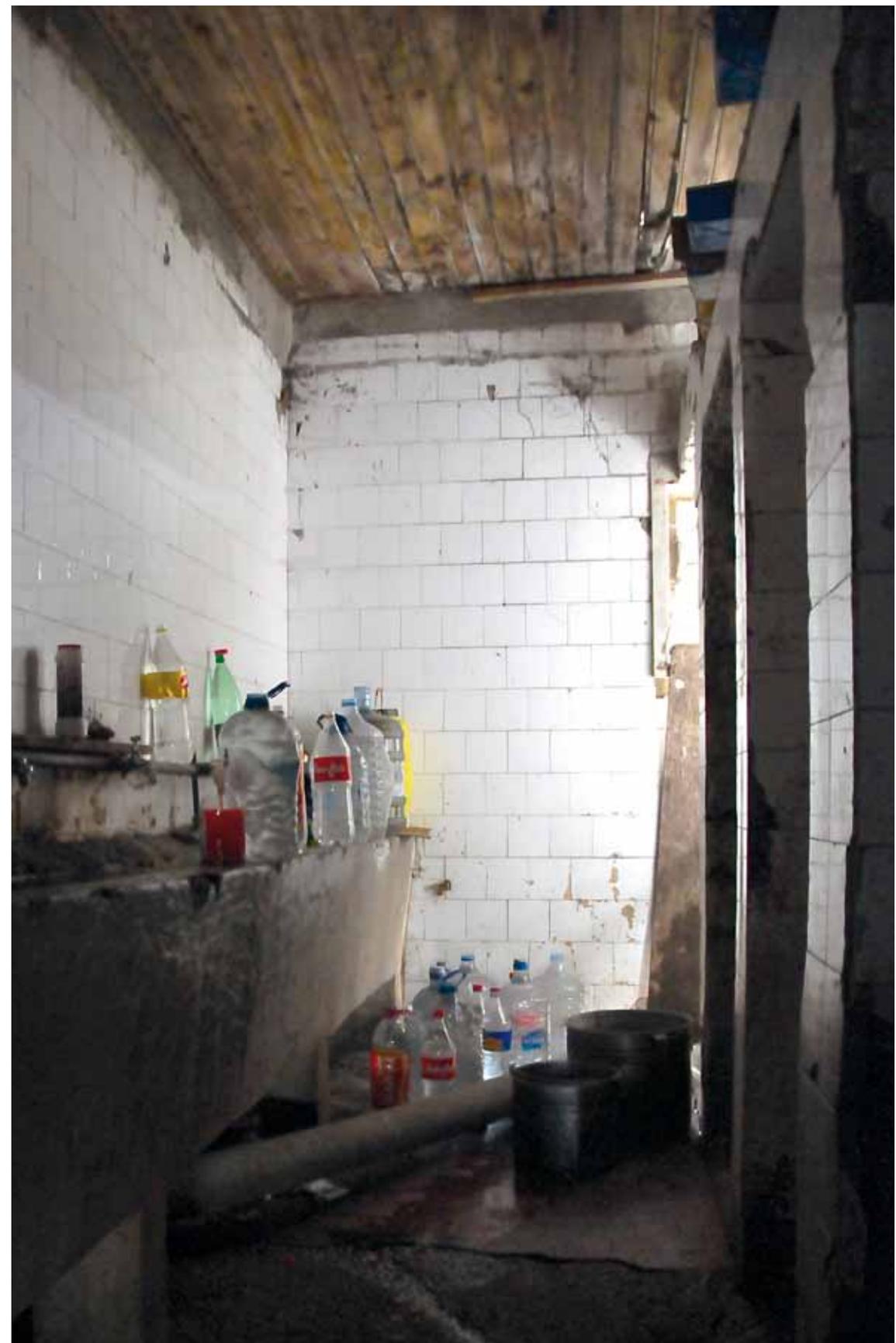
Das klingt vielversprechend, doch die UNICEF zeichnet ein anderes Bild: Dort schätzt man die Arbeitslosigkeit unter Angehörigen der Minderheiten in Priština auf 100 Prozent. Nach Auskunft des Menschenrechtsbeauftragten im Kosovo liegt die Arbeitslosenquote unter den Roma und Ashkali bei etwa 98 Prozent. Und für Kinder, die abgeschoben wurden, stellen bürokratische Voraussetzungen für eine Einschulung oft unüberbrückbare Hürden dar: laut Osman Osmani von der Roma-Organisation »Iniciativa 6« aus Prizren müssten deutsche Zeugnisse übersetzt werden, samt einer Registrierung in Priština und Fahrtkosten seien dies an die 70 Euro – bei einer maximalen monatlichen Sozialhilfe von 75 Euro für eine ganze Familie.

Philipp Wedelich, Sprecher des niedersächsischen Innenministeriums, erklärt das Engagement für URA 2 im Kosovo damit, dass man »Anreize für eine freiwillige Rückkehr« schaffen wolle. Die Unterstützungen würden sich »nicht in der monetären Mitgabe von Starthilfen erschöpfen«, sondern richteten sich »nach den tatsächlichen Bedürfnissen«.

Fragt man vor Ort, so hört sich das anders an: »Die von URA 2? Die helfen nicht«, erzählt ein Rom, der abgeschoben worden ist und nun täglich in Priština nach Essen sucht. Auch Djafer und Dsula S. aus Rotenburg/Wümme waren 2010 wegen der versprochenen Hilfe »freiwillig ausgereist«. Der Landkreis hatte sie dazu gezwungen, trotz ärztlich bescheinigter Reiseunfähigkeit. Zwei Jahre später starb Djulsa S. im Alter von 61 Jahren im Kosovo.

**Für die, die
abgeschoben
wurden, wird
das hier nie
zuhause sein.**

**Ich war
gewohnt
Essen zu
haben.**





Wenn ich Papiere hätte

PRIZREN. Die aus Melsungen (Hessen) abgeschobene Familie K. lebt isoliert in einem mehrheitlich albanischen Viertel. Im Wohnzimmer der Familie K. steht in der Ecke ein Kleiderschrank, auf dem Boden ein alter Fernseher, in dem das deutsche Abendprogramm von RTL läuft, davor ein Sofa. Auf diesem sitzen Danjoll, Islam und Adam.

Wollt ihr von der Abschiebung erzählen? **I** Um drei oder vier Uhr morgens standen die Bullen vor der Tür – richtig viele. Sie haben uns verarscht, haben gesagt, sie müssten sich umsehen, da sie jemanden suchen. Als sie dann im Haus standen, haben sie gesagt »Ihr werdet abgeschoben – ab ins Kosovo!«. Sie haben uns Handschellen angelegt und uns behandelt, als hätten wir jemanden umgebracht.

A Sie haben uns sofort ins Auto und dann weiter in den Knast gepackt. Wir durften nicht mal ein paar Klamotten einpacken. Alles, was wir noch besitzen, ist das, was wir anhaben.

Was war der offizielle Grund für die Abschiebung? **A** Weil wir in den gesamten dreizehn Jahren, die wir in Deutschland gelebt haben, nie mehr als eine Duldung bekommen haben. Und die wurde zuletzt dann nicht mehr verlängert.

Jetzt seid ihr hier in Prizren. Wie sieht da ein »normaler« Tag für euch aus? **A** Schrecklich. Wir haben nichts hier: nichts zu essen, bald keine richtige Wohnung mehr. Und das Schlimmste ist: keine Chance einen Job zu finden.

D Wir sind fast 24 Stunden am Tag im Haus. Wenn wir rausgehen, werden wir schief angeguckt, die Leute machen uns ohne Grund an. Sie sagen: »Ihr scheiß Gipsy – das ist unser Land! Was wollt ihr hier?« Sie glauben, weil wir aus Deutschland kommen, hätten wir Geld, das sie uns klauen könnten. Das ist natürlich lächerlich, aber hier kriegst du oft auf die Fresse. Die Leute sind gefährlich.

Ist es für Roma hier schwieriger zu leben als für Albaner?

D Für Roma ist es viel schwieriger als für Albaner, weil die Albaner hier zu Hause sind.

Ihr doch auch. **D** Für die, die abgeschoben wurden, wird das hier nie zu Hause sein.

Wie verdient ihr das, was ihr zum Leben braucht? Wie bekommt ihr täglich etwas zu essen? **D** Wir haben seit vier Tagen nichts gegessen. Vor einer Stunde haben wir das erste Mal seit vier Tagen etwas gegessen.

I Es ist eine Katastrophe.

D Wenn es geht, gehen wir morgens raus und sammeln Pfandflaschen und anderen Müll. Eigentlich alles, was man am Schrottplatz abgeben kann: Plastikflaschen, Aluminium, anderes Metall. Und wir sind natürlich nicht die einzigen, die das machen. Manchmal treffen wir dabei sogar kleine Kinder. An einem Tag verdienen wir damit vielleicht 2 bis 3 Euro – wenn überhaupt. Davon kann man dann vielleicht ein Brot und zwei oder drei Salami kaufen. Für sieben oder acht Leute, die davon essen wollen.

Würdet ihr lieber zur Schule gehen? **I** Nicht hier!

A Nein!

D Der Unterricht findet auf albanisch statt, unserer Muttersprache. Aber er ist trotzdem nicht für uns.

Habt ihr Freunde hier oder kennt ihr Leute, denen es auch so geht wie euch? **I** Hier haben wir keine Freunde – alle gucken uns schief an. Wenn du hier »Freunde« findest, dann werfen die einfach nur ein Auge auf deine Schwester oder deine Tante oder wollen Geld von dir.

D (*zeigt auf seine beiden Cousins*): Das hier sind meine einzigen Freunde. Wirkliche Freunde haben Respekt vor dir und deiner Familie und gucken nicht darauf, was es zu holen gibt.

Wenn ihr an Deutschland denkt, was geht euch dann durch den Kopf? (lange Pause) **D** (*seufzt*) Frau Merkel, schauen Sie, was Sie getan haben. Ach, es ist doch so: Frau Merkel ist auch schuld daran!

I Ich kann die Leute vom Amt nicht verstehen. Überhaupt nicht. Die wissen haargenau, dass wir hier kein Haus, kein Essen und auch nichts anderes haben. Wir kommen die darauf uns abzuschieben? Ich hab hier nicht mal eine Geburtsurkunde, einfach gar nichts. Diese Wohnung haben wir noch vier Monate – und wo leben wir dann? Wo sollen wir hingehen – draußen schlafen?

D Ich hab noch nicht mal irgendwelche Papiere von diesem Land. Ich bin ganz ehrlich: Wenn ich Papiere hätte, würde ich noch heute versuchen von hier abzuhausen. Das

ist einfach kein Leben hier. Alles, was wir hier machen, ist schlafen und überleben. Sonst nichts. Wir können einfach nichts tun. Es ist schrecklich hier.

So eine Armut wie hier habe ich noch nie erlebt

KOSOVO POLJE. Burim ist im Kosovo geboren und mit sechs Jahren in die Bundesrepublik eingereist, wo er 20 Jahre lang gelebt hat. 2011 wurde er abgeschoben. Als wir ihn treffen, ist er zu Fuß auf dem Weg von Kosovo Polje nach Priština.

Ich bin aus Bocholt. Meine Familie ist noch in Deutschland, meine Mutter schwerbehindert, mein Vater psychisch krank. Ich habe keine Kinder, aber sechs Geschwister in Deutschland. Ich bin zuckerkrank, brauche regelmäßig Medikamente und die kriege ich nicht. Mir wird nicht geholfen. Ich gehe von morgens bis

abends betteln, obwohl es mir sehr peinlich ist. Die haben gesagt, sie geben mir Essen, zu trinken, eine Unterkunft – das ist alles gelogen. Eine Wohnung für ein Jahr und etwas zu essen – und das wars. Mein Onkel und meine Tante hatten in Klina ein Haus. Doch das ist verbrannt worden.

Viele andere betteln auch und haben auch nichts. Viele Mädchen hier wissen nicht, was sie tun sollen. Es gibt Prostitution, heimlich, für 30 oder 40 Euro. Die müssen schlimme Dinge machen. Das ist ein Problem für die Mädchen, wenn sie heiraten wollen.

Ich habe sechs Monate auf der Straße geschlafen. Ich hatte nichts zu duschen, zu schlafen und nichts zu essen. Das ist das Schlimmste. Mir ist immer schlecht geworden, weil ich nichts zu essen und zu trinken hatte. Die Menschen kriegen hier keine vernünftige Hilfe.

Zuckertabletten kriege ich hier nicht und wenn, dann nicht die gleichen wie in Deutschland. Die, die ich hier gekriegt habe, haben nicht geholfen. Ich kann nicht mal schlafen und mich nicht konzentrieren.

Vor allem: Was ist mit anderen Menschen? Denen ich auch mal zehn, zwanzig Cent abgebe, weil die mir so leid tun.

Und die Kinder, was für eine Zukunft haben die hier? Wenn Deutschland soviel Geld investiert hat und sagt: »Hier, das kriegen die alles!« – Wie geben sie es den Kindern? Keine Medikamente, nichts zu essen. Soviele Versprechen und nichts kommt dabei raus.

Das, was ich hier sage, das schicken Sie bitte mal den Behörden, das wär nicht schlecht. Warum geben sie uns nicht wenigstens Hilfe? Wenn die jetzt sagen: »Okay, wir bauen ein Haus, Arbeit kriegen die auch. In Kosovo kann man gut leben, wenn man Hilfe hat.« Aber wenn man nichts zu schlafen und nicht zu essen hat – das ist die Scheiße.

Die Polizei jagt dich nur kurz weg, aber die machen nichts. Aber wenn man nur einen kleinen Diebstahl macht, zum Beispiel Kaugummi, kriegt man soviel Schläge, dass man das Pissen anfängt und dass man in den Knast rein-gesteckt wird.

Kosovarische Papiere habe ich gekriegt. Das Problem ist, die zigeunischen und die albanischen Leute, die verstehen sich nicht so gut. Die mögen sich einfach nicht. Wir sind hier eigentlich nicht willkommen. Das weiß ich, weil ich auch selber Roma bin. Aber das ist ein hartes Leben im Kosovo, das sage ich euch. Da würde ich gerne lieber in Deutschland leben.

Ein paar Monate habe ich noch eine Wohnung, aber dann muss ich selber sehen, wie ich klar komme. Dass es keine Arbeit gibt, ist auch schlimm.

Ich war auf der Sonderschule. Schwerbehindert. Die Sonderschule war für mich schwer genug, ich bin nicht weit gekommen. Weil ich auch eine Abschiebung hatte. Ich konnte mir nichts leisten, keinen Rechtsanwalt, kein Nichts.

Ich habe keine Lehre gemacht, weil ich nicht konnte, ohne Aufenthalt ging das nicht.

Meine Mutter ist pflegebedürftig. Aber das hat denen nichts ausgemacht. Meine Schwester wohnt bei ihr, der Mann geht arbeiten, sieben Kinder. Sie hat einen Aufenthalt gekriegt.

Wenn meine Mutter auch im Kosovo wär, wär das schlimmer für mich. Weil ich nicht wüsste, wie ich für die sorgen sollte. Ich hab ja keinen Wohnsitz. Wo willst du leben, auf der Straße? Hier hilft dir niemand, hier haben alle ihre eigenen Probleme. Meinst du, da kommt mal jemand und sagt zu dir: »Hier kannst du schlafen.«?

Wenn man abschiebt, dann soll man den Menschen auch helfen. Dass sie Essen haben, dass sie zu trinken haben, dass sie überleben können. Wie viel Geld hat der deutsche Staat den Abgeschobenen gegeben? Viel nimmt er in die Hand – dann soll das auch an die Menschen gehen. Den Menschen hat man nichts gegeben. Der kosovarische Staat hat alles für sich genommen. Was hat er investiert? Es wurde eine Brücke gebaut. Das Geld wurde rausgeschmissen, aber die haben nur für sich selbst investiert.

Und wenn man all das Geld gegeben hat für uns Abgeschobene, die nicht überleben können, dann soll man denen auch was zahlen. Dann soll man den Menschen auch helfen, die nichts haben. Wie mir. Ich habe nichts

zu essen, nichts zu trinken, nichts zu schlafen. Nichts. Wo soll ich da leben? Von morgens bis abends nach Priština gehen und jeden Menschen anbetteln? Und dann kommt einer und sagt: »Ich schlag dir in die Fresse, ich hab selber nichts. Sieh zu, dass du weitergehst.«

Man streitet sich, man hat jeden Tag nur Probleme, man kann nicht essen, nicht schlafen. Man hat Angst.

Was gut wäre? Dass die Menschen auch überleben oder auch eine Zukunft haben. Dass du sagen kannst: Ich kann überleben. Ich bin abgeschoben worden, aber ich kann überleben.

Den Kindern, die betteln, die an den Autos ein, zwei Euro am Tag machen, denen gibt man keine Zukunft.

Vor allem ist auch wichtig, dass man den Menschen Arbeit gibt. Und wenn es auch nur zwei, drei Euro Verdienst am Tag sind. Damit sie es nicht so hart haben im Kosovo. Damit sie auch sagen können: Jetzt kann ich mal spazieren gehen. Kann ich mal einen Ball wegtreten.

Warum müssen Menschen hier betteln, wenn sie doch offiziell Hilfe kriegen sollen? Es heißt groß in Deutschland: Wir spenden, wir tun dies, wir tun das. Die haben Geld investiert für uns. Aber es ist nicht an uns Menschen gegeben worden, sondern an die Behörden. Diejenigen, die selbst Geld haben, die Arbeit haben, die ihre Kinder versorgen können, die haben was gekriegt. Aber wieso haben wir das nicht gekriegt? Mir hat man gesagt, dass ich Sozialhilfe kriegen würde, dass ich zu essen und zu trinken hätte: Nichts. Alles nur gelogen. Als ich ankam, saß ich im Dreck. 2,50 Euro am Ende eines Tages. Und das den ganzen Tag.

So eine Armut wie hier habe ich noch nie erlebt.



Was wir hier haben ist nichts, nie

KOSOVO POLJE. Sebilje B. und Gani R. wurden mit ihren vier Kindern im April 2011 aus Göttingen abgeschoben. Jetzt leben sie in Kosovo Polje, bisher wurde die Miete vom deutschen Rückkehrerprojekt URA 2 übernommen.

Diese Wohnung wird nicht weiter bezahlt, sie ist zu teuer. Zweihundert waren zu viel. URA 2 hat das auch nicht bezahlt. Es ist nicht gut im Kosovo, wir sind ja Deutschland gewöhnt. Ich möchte normalerweise versuchen zurück zu gehen, die verarschen uns hier die ganze Zeit. Freunde von uns aus Deutschland haben zum Beispiel Geld gesammelt, damit wir uns ein Grundstück kaufen können. Die Behörden haben gesagt, sie würden das Haus bauen, aber das stimmt nicht. Seit drei Jahren machen sie das nicht.

Der Kosovo sagt zu Deutschland, zu Europa: Schickt uns alle Roma oder Ashkali, aber der Kosovo will nur Geld vom Ausland, von Frankreich und so – aber nicht für uns, sondern nur für sich selbst. In Deutschland wird gesagt, den Roma werden Häuser gebaut, aber das stimmt nicht.

Und hier gibts keine Sozialhilfe. Ich hab drei Mal versucht, meine Kinder anzumelden. Die haben gesagt »Es gibt nichts, deine Kinder sind in Deutschland geboren«. Aber die Kleine ist im Kosovo geboren.

Die Große geht in die Schule. Aber hier schlagen die Lehrer die Kinder. Der Lehrer schimpft, weil sie nicht albanisch schreiben können. Manchmal schicken wir sie zwei Wochen nicht, weil wir uns das Material nicht leisten können oder weil wir sie nicht dreckig in die Schule schicken wollen.

Frau Budde [von URA 2, Red.] hilft uns, aber von anderen Leuten weiß ich es nicht. Obwohl: Die haben gesagt, im Februar wollen sie uns eine Wohnung bauen. Aber die machen das nicht.

Wir haben früher im Kosovo gewohnt, vor dem Krieg sind wir geflohen. Da war ich zwölf. Meinem Papa gehört eigentlich ein Grundstück in Mitrovica. Aber die Albaner haben uns vertrieben: »Geh, verpiss' dich oder ich schlag dich!«

Wir finden keine Arbeit und ich traue mich nicht an manche Orte, da sind nur Männer.

Du siehst Leute mit Kindern, mit Babys auf der Straße nach Müll suchen.

Hier ist es voll schlimm. Wir müssen bald weg. Und deswegen, ich weiß nicht... ich muss irgendwas suchen, aber weiß nichts, das ist das Problem. Hier ist es voll schlimm, im Kosovo. Was die Ausländerbehörde gesagt hat, das stimmt nicht. »Eine Wohnung bekommen Sie da« – aber das stimmt nicht, das ist nicht so.

Aber ich mache mir Sorgen, weißt du, die ganze Nacht schlafe ich nicht, weil ich überlege. Ich habe keine Wohnung. Das sind die Probleme. Ich hab auch im Internet gesucht, nach Arbeit. Aber ich bekomme nichts. Noch nie. Das ist zu schwer.

Die Kleine hatte heute einen Termin, Skurta. Sie musste zum Arzt, aber ich bin nicht gegangen. Den muss man bezahlen. Das haben wir nicht. Die hat ein bisschen Probleme mit der Hüfte und Herzgeräusche. Das Herz macht BRRSSST. Ich war vor einem Monat dort, sie haben gesagt Kontrolle jeden Monat, aber ich hab das nicht, kein Geld. Ist alles privat.

In zwei Wochen müssen wir hier raus. Ich weiß nicht, was wir dann machen sollen. Ich war heut früh bei der Kommune, aber ich hab noch keine Antwort bekommen.

Am 12. April sind wir 3 Jahre hier, aber ich habe keine Wohnung, kein Haus und keine Arbeit, kein Nichts. Ich weiß nicht, was wir machen sollen. Hier gibt es keine Antwort, was die Leute machen sollen. Wir bekommen das nicht. Ashkali und Roma, die haben das nicht. Und viele Leute sind auf der Straße. Ich werd auch bald auf der Straße leben. Aber ich werd das nicht machen, ich werd die Kinder verbrennen. Ich geh nicht raus. Dann kommt die Polizei und ich weiß nicht wohin. Deutschland schickt die Roma, sagt, ich muss nachhause. Aber ich versteh das nicht, warum der Präsident im Kosovo nicht sagt: »Heh, stopp! Schickt die Leute nicht zurück, wir haben hier gar nichts für die Leute!« Deswegen. Die Albaner sagen immer »Ja, die haben alles!« Aber das ist nicht so. Was wir hier haben ist nichts, nie.

Das ist voll schwer. Ich weiß nicht, wie meine Eltern das hier gemacht haben. Weiß nicht. Ich wäre nicht geblieben. Für mich nicht, für meine Kinder nicht. Viele Kinder sind auf der Straße, die müssen Müll suchen, haben keine

Wohnung, schlafen draußen. Ich kenne viele Leute, Ashkali und Roma. Weil die von URA 2 helfen nicht. URA 2 meinte: »Nur aus Deutschland, nur Niedersachsen.«

Ich überleg die ganze Zeit, was soll ich machen. Aber ich bekomme das nicht. Was ich will, bekomme ich nicht.

Ich war vor fast einem Monat bei Frau Budde, ich bekomme keine Antwort und ich weiß, die machen das nicht. Sechs Wochen, sechs Monate, und dann nicht mehr.

DIE TÖCHTER kommen dazu und antworten auf die Fragen der Mutter:

Als die uns in hier in den Kosovo geschickt haben, war das hier schön? Nein!

Wann sind die gekommen um uns abzuholen? Um drei!

Um drei Uhr in der Nacht. Was hat die Polizei gesagt? Hej! Komm! In den Kosovo!

Und was haben wir gesagt? Nein! Wir gehen nicht!

Was würdest du machen, wenn du in Deutschland wärst? In den Kindergarten gehen, bei meiner Lehrerin.

Und hast du Freunde in Deutschland? Ja.

Und was würdest du noch machen? Ich würde zu meinem Opa gehen.

Der wohnt in Hamburg. Ja.

Hast du Angst vor der Polizei? Ja.

Wir übten für die Bundesjugendspiele

KOSOVO POLJE. Viel passiert ungeplant, am Rand. Ein Beispiel dafür ist dieses Gespräch, das sich zufällig entwickelt, als ich mit der Kamera eine Straßenszene aufnehmen möchte und von einer jungen Frau angesprochen werde. Einen Tag später sind wir wieder da, machen weitere Aufnahmen. Das Gespräch am Vortag hat mich beeindruckt. Wir können uns nicht trennen, quatschen, verlängern die Situation. »Am liebsten würde ich nach Deutschland«, sagt sie. Ein Satz, den bis jetzt alle gesagt haben. Doch dann sieht sie mich an und sagt: »Aber ich weiß, wie du dich fühlst, wenn ich das sage. Ich weiß, dass was ihr macht, nicht einfach ist«. Dann schenkt sie mir ihr strahlendes Lächeln. Wir interviewen uns gegenseitig.

Hallo! Hallo! Wie geht's? Gut, und selbst? Naja, es geht so.

Wohnst du hier? Ja, ich bin von der Familie dort die ältere Tochter.

Dann war ich gerade bei euch oben. Warum macht ihr das hier?

Weil wir gegen Abschiebungen in Deutschland sind. Werden viele abgeschoben?

Ja. Sehr viele? Die kümmern sich erst gar nicht um die Kinder, oder?

Auch nicht um die Erwachsenen. Ja. Aber die kleinen Kinder sind die wichtigsten.

Ich denke, die Erwachsenen sind auch wichtig. Ja, aber die Kleinsten am meisten, die leiden am meisten.

Mmh. Wie alt warst du, als du hierher gekommen bist? Da war ich 17 Jahre.

Und bist du in Deutschland geboren? Nein, ich bin hier geboren. Und als ich 4 Jahre alt war, waren wir in Deutschland, soweit ich das von meinen Eltern weiß. Ja und dann waren wir erst mal hier in Priština, in einem Haus mit Geländern und so und dann haben die uns nach einer Woche hierher gebracht.

Seid ihr alle zusammen abgeschoben worden? Ja, die kamen nachts rein und die hatten uns nichts gesagt. Sie haben uns die ganze Zeit beobachtet, dass wir nicht abhauen. Dann kamen sie morgens bei uns rein, haben ein paar Sachen gepackt und haben uns mitgenommen. Also, mir gefällt es gar nicht hier, aber na ja.

Und was machst du jetzt? Ich? Ich mach gar nichts. Ich bin zuhause.

Und was würdest du gerne machen? Entweder arbeiten und nach Deutschland gehen. Auf jeden Fall. Ich bin da aufgewachsen. Ich kenn das Land hier gar nicht. Und wofür macht Ihr das jetzt alles?

Wir machen Berichte und kleine Filme und die zeigen wir im Internet oder auf Veranstaltungen, um über die Situation hier zu informieren, in der ihr lebt. Das Schlimmste ist, wir sind es gar nicht gewohnt so zu leben, ohne Geld und ohne Essen. Wir müssen im Müll suchen, das ist richtig schlimm hier. Wir müssen im Müll nach Essen suchen. Für uns Große, wir halten das durch, aber die kleinen Kinder, die fragen mich. Die wollen essen.

Das stimmt. Ich denke aber auch, dass die Großen etwas anderes kennen und dass das auch schwierig ist. Wenn man etwas anderes gewöhnt war. Ja, also ich fühle mich sehr mies dabei. Weil ich war es gewohnt jeden Tag Geld zu haben und schönes Essen. Das gibt es hier alles nicht. Was soll man machen? Und was das Schlimmste ist: Wir haben nur noch vier Monate, dann müssen wir raus.

Und was macht ihr dann? Das weiß ich nicht.

Und wieso müsst ihr dann raus? Wir haben jetzt nur vier Monate Miete und dann müssen wir hier raus. Ich habe kleine Geschwister. Für mich wäre das nicht so schlimm, aber für meine kleinen Geschwister. Die gehen nicht zu Schule, das kennen die hier alles gar nicht. Die sind auch an den Kindergarten gewöhnt. Wir waren auch in der Schule. Mein Papa war arbeiten. Und meine Mama ist krank. Meine Mama hatte einen Tumor. Und sie wurde dann operiert und sie konnte noch nicht mal zum Termin hingehen, weil sie uns vier Tage vorher abgeschoben haben.

Zum Nachsorgetermin? Ja, sie wurde operiert; sie hatte einen Tumor. Das haben die anderen vielleicht schon gesagt.

Ja, das haben sie schon erzählt. Und sie wurde auch genäht. Und dann kam sie aus dem Krankenhaus. Am 4. Juli sollte sie zum Arzt zur Untersuchung ins Krankenhaus in Münster, aber dann haben die uns weggebracht und dann konnte sie nicht hingehen.

Und bist du zur Schule gegangen in Deutschland? Ja, ich bin zur Schule gegangen. Ich hatte das zehnte Schuljahr fertig, hatte aber noch ein Verlängerungsjahr bekommen.

Und dann bist du mitten drin raus genommen worden? Ja, wir haben für die Bundesjugendspiele geübt. Am nächsten Morgen sollten wir dahin gehen, ins Jahnstadion. Und dann konnten wir da nicht hingehen, obwohl wir uns so gefreut haben. Aber dann haben die uns abgeschoben und dann sind wir hierher gekommen.

Und deine Freundinnen und Freunde? Wir waren Tag und Nacht zusammen, in der Schule, wir haben nie gefehlt und so. Und als wir weg waren, das war schon traurig. Man musste sich erst an die Situation gewöhnen.

Und hast du von denen etwas gehört? Oder hast du Kontakt mit ihnen? Ja, wir schreiben ab und zu auf Facebook und so. Denen geht es gut.



Ehemaliges Flüchtlingslager Plementina

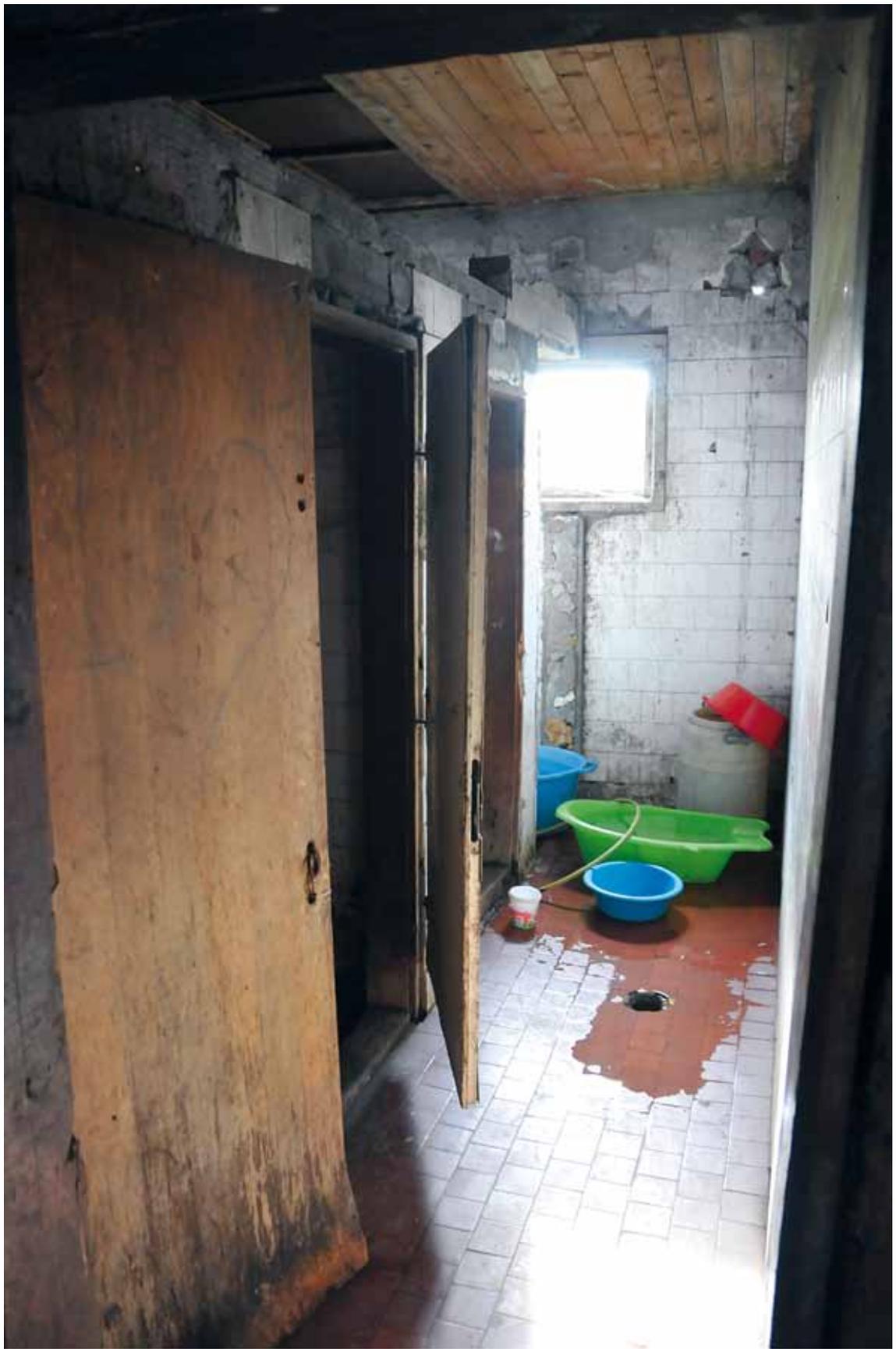


Plementina. In dem ehemaligen Flüchtlingslager leben Menschen in zwei großen Wohnblocks und fast völlig zerfallenen Flachbauten. Meist wohnt jeweils eine Familie in einem Raum. Die Scheiben sind oft kaputt, die Dächer undicht, es gibt kein fließend Wasser und keine Toiletten. Gekocht wird auf offenem Feuer oder Holzöfen. Weit außerhalb der Stadt sind die Leute sich selbst überlassen.



Die Bilder können den Gestank nicht zeigen. Das Stromkraftwerk verpestet die Luft, die Emissionen greifen Lunge und Augen an. Ein weiteres Kraftwerk ist in Planung, der Lärm und die Verschmutzung werden zunehmen. Nahezu alle Menschen hier haben schwere gesundheitliche Probleme. Der Arzt kostet zu viel Geld, die Busfahrt dort hin und die Medikamente sowieso.







Ihre Tochter ist krank und braucht ärztliche Versorgung. Sie selbst auch.
Rechts: Im ehemaligen Flüchtlingslager Plementina haben die Menschen keinen Anschluss an die reguläre Stromversorgung, obwohl sie direkt neben einem Kraftwerk leben. Das Problem wird kreativ gelöst.



Die Flija wird aus Mehl, Salz, Joghurt und Schafskäse in Schichten gebacken. Die Zubereitung auf offenem Feuer dauert drei Stunden. Die ganze Zeit über bleiben die Kinder am Feuer stehen und warten.





Nachts in Plementina.



Wie schwer die Situation auch immer ist -
die Kinder suchen und finden ihr Glück im Spiel.

Verstrickte Machthaber

Der Kosovo gilt als Hochburg der organisierten Kriminalität. Auch führende Politiker werden verdächtigt. Der Bundesrepublik waren sie als Vertragspartner für das Rückübernahmeabkommen dennoch seriös genug.

Das Auswärtige Amt räumt in seinem – für Asylverfahren regelmäßig zugrunde gelegten – Lagebericht nur indirekt ein, dass es im Kosovo Probleme mit organisierter Kriminalität und Korruption gibt:

»Nach einer belastbaren Studie des ›United Nations Office on Drugs and Crime‹ (UNODOC) ist die Kriminalität, mit Ausnahme der organisierten Kriminalität und der Korruption, rückläufig und niedriger als im gesamteuropäischen Vergleich.«¹

Man erfährt vom Auswärtigen Amt weiter, dass heute noch immer wegen Kriegsverbrechen aus dem Jahr 1999 ermittelt wird, aber nicht, wie dicht die Beschuldigten dieser Ermittlungen an der Spitze des Staates sind.

Dass die Beschuldigten dieser Ermittlungen sich in den Büros von Regierung und Parlament in Priština die Klinke in die Hand geben, wird vom Auswärtigen Amt schamhaft verschwiegen. Im Lagebericht heißt es:

»Zur Aufklärung und ggf. Strafanklage der in dem Anfang 2011 veröffentlichten Bericht des Europarats-Sonderberichterstatters Dick Marty erhobenen Vorwürfe von Kriegsverbrechen (einschließlich Organhandel) durch hochrangige Kreise der ehemaligen UÇK während der Kampfhandlungen in Kosovo 1999 hat die EU-Rechtsstaatsmission EULEX eine eigene Ermittlungseinheit (Special Investigative Task Force, SITF) gebildet. Die Regierung hat zugesagt, bei allen eventuellen strafrechtlichen Ermittlungen uneingeschränkt zu kooperieren. Das Team unter Leitung des US-Amerikaners Clint Williamson hat seinen Sitz in Brüssel und genießt weitgehende Unabhängigkeit von der EULEX-Kosovo.«²

Zur Vorgeschichte: Die UÇK soll nach einem Bericht der Vereinten Nationen 1999 und 2000 in Nordalbanien Serben, Roma und auch politisch missliebige Albaner getötet und mit deren Organen Handel getrieben haben³.

Laut eines Berichts der taz vom 24.4.2014 soll ein Sondertribunal eingerichtet werden, das – um den Zeugenschutz zu gewährleisten – nicht nur in Priština, sondern auch in Den Haag verhandeln soll. Dieses Sondertribunal soll nicht zum Organhandel, aber zu anderen Menschenrechtsverletzungen ermitteln, die von UÇK-Mitgliedern begangen wurden, beispielsweise zu Folterungen in den UÇK-Gefängnissen in Nordalbanien sowie Morden an politischen Gegnern.

Laut taz stehen im Zentrum der Ermittlungen nach kosovarischen Presseberichten die Spitzenpolitiker Xhavit Haliti, Kadri Veseli und Azem Syla⁴. Alle drei sind einflussreiche Mitglieder der demokratischen Partei des Kosovo, der auch Ministerpräsident Hashim Thaci angehört. Noch ist unklar, ob auch Thaci selbst angeklagt wird. Xhavit Haliti und Kadri Veseli waren ehemals führende Mitglieder des Geheimdienstes der UÇK.

Ministerpräsident Hashim Thaci ist »not amused« darüber, dass das kosovarische Parlament auf Druck von EU und USA der Einrichtung dieses Sondertribunals zustimmen musste:

»The proposal to establish the new tribunal was approved by the Kosovo parliament on Wednesday, although Kosovo Prime Minister Hashim Thaci called it ›the biggest injustice and insult which could be done to Kosovo and its people‹.«⁵

Wer ist nun dieser Ministerpräsident Thaci, der die Einrichtung eines Kriegsverbrechertribunals als »größte Ungerechtigkeit und Beleidigung, die dem Kosovo und seinem Volk angetan werden konnte« bezeichnet?

Nach einem Bericht von Welt Online⁶ soll der Bundesnachrichtendienst (BND) über Thaci schreiben: »Über die Key-Player (wie z.B. Haliti, Thaci, Haradinaj) bestehen engste Verflechtungen zwischen Politik, Wirtschaft und international operierenden OK-Strukturen [Organisierte Kriminalitäts-Strukturen, Red.] im Kosovo.« Ende der neunziger Jahre soll er nach dem von Welt Online zitierten BND-Bericht »ein im gesamten Kosovo aktives kriminelles

1) Auswärtiges Amt, Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Republik Kosovo (Stand: November 2013), Gz: 508-516.80/3 KOS vom 29.1.2014, S. 8/9

2) Auswärtiges Amt, Bericht über die asyl- und abschiebungsrelevante Lage in der Republik Kosovo (Stand: November 2013), Gz: 508-516.80/3 KOS vom 29.1.2014, S. 7

3) <http://balkanblog.org/wp-content/uploads/2011/07/unmik-investigation-organ-trafficking-kosovo.pdf>

4) taz vom 24.4.2014, S. 11

5) <http://www.balkaninsight.com/en/article/kosovo-mps-approve-set-up-of-war-crime-tribunal>
<http://www.balkaninsight.com/en/article/serbia-welcomes-new-kosovo-war-crimes-court>

6) Welt Online vom 29.11.2008
<http://www.welt.de/politik/article2803781/Der-BND-in-den-Untiefen-des-Kosovo.html>

Netzwerk« geführt haben. Thaci war Mitbegründer der »Befreiungsarmee des Kosovo« (UÇK) und leitete 1999 die albanische Delegation auf der Konferenz von Rambouillet.

Gleichzeitig soll Thaci nach dem von Welt Online wiedergegebenen BND-Bericht Kontakte zur tschechischen und albanischen Mafia geknüpft haben und neben Halili Auftraggeber des Profikillers Afrimi gewesen sein, auf dessen Konto angeblich mindestens elf Auftragsmorde gehen.

Ein Amtsvorgänger von Thaci, Haradinaj, musste nach dem Bericht von Welt Online⁷ nach nur wenigen Monaten als Ministerpräsident zurücktreten, weil er vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit angeklagt wurde. Im Laufe des Verfahrens kamen neun von zehn Belastungszeugen gewaltsam ums Leben. Der elfte Zeuge zog seine Aussage zurück, nachdem er knapp einem Attentat entkommen war. Daraufhin wurde Haradinaj im April 2008 aus Mangel an Beweisen freigesprochen.

Ein hochrangiger BND-Mann soll gegenüber der Süddeutschen Zeitung den Kosovo als ein »Land, in dem organisierte Kriminalität die Staatsform ist« bezeichnet haben⁸.

Im Zuge der Ermittlungen gegen die politischen Weggefährten Ministerpräsident Thaci wurde bereits klar: Der ehemalige Verteidigungsminister Azem Sylja zum Beispiel soll nach Angaben diverser Schweizer Medien in Solothurn aufgrund psychischer Invalidität 426 000 Franken Unterstützung bezogen, daneben aber seine Politikerkarriere aufgebaut und promoviert haben⁹.

Die Zahlungen sollen 2011 eingestellt worden sein, weil er nach Ansicht der Schweizer Behörden noch anderweitig Geld für seine unzähligen Reisen und das Studium erhalten und nicht deklariert haben soll. Im März 2012 soll die Solothurner Staatsanwaltschaft in diesem Zusammenhang eine Strafuntersuchung wegen Betrugs gegen Sylja eingeleitet haben.

Xhavit Haliti soll nach einem Bericht der Neuen Zürcher Zeitung vom 28.1.2011¹¹ in einer 41-seitigen Akte der NATO-Truppe KFOR aus dem Jahr 2004 als der starke Mann hinter Premierminister Hashim Thaci beschrieben worden sein. »Er wasche Geld, handle mit Waffen, Drogen und Frauen, setzte Todesschwadronen auf den Feind und auf die eigenen Leute an«, so gibt die NZZ den KFOR-Bericht wieder. Der KFOR-Bericht zähle eine lange Liste von Personen auf, die Haliti habe ermorden lassen. Auch soll er mit dem serbischen Geheimdienst kollaboriert haben, um kosovo-albanische Konkurrenten zu liquidieren.

Der NATO-Bericht soll nach Angaben der NZZ das Verhältnis zwischen Thaci und Haliti als eine Symbiose, die beide an der Macht und am Leben erhält, beschreiben. Haliti sei zu mächtig, als dass Thaci ihn fallenlassen könne, und Haliti zu sehr in der Unterwelt verankert, als dass er ein höheres politisches Amt übernehmen könne, so zitiert die NZZ den NATO-Bericht.

Von diesem Klima der ständigen Präsenz organisierter Kriminalität im öffentlichen Leben bekamen wir beim Pressetermin beim Führungstab der Bundeswehr in Prizren eine Ahnung. Dort machten uns die Offiziere darauf aufmerksam, dass der Kosovo das Land auf der Welt mit der höchsten Tankstellendichte sein dürfte, und dass man an den meisten Tankstellen weder Benzinpreise noch tankende Autos sieht. Geldwäsche kann eben viele Gesichter haben.

Einer unserer Gastgeber zeigte uns im Vorbeifahren in Kosovo Polje ein riesiges halbfertiges Hotel mit dem Namen »Kos Vegas« und meinte bei-läufig, dass dieses Hotel von jemandem finanziert sei, der in Spanien viel Geld mit Drogenhandel verdient habe.

Dass die Angaben des Auswärtigen Amtes (AA) zur angeblichen niedrigen Kriminalität »mit Ausnahme der organisierten Kriminalität und der Korruption« der Wirklichkeit entsprechen, scheint noch nicht einmal das Amt selbst zu glauben. Denn unter den öffentlich zugänglichen Reisewarnungen weist das AA darauf hin:

»In Kosovo befinden sich mehrere hunderttausend illegale Schusswaffen in Privatbesitz; die Hemmschwelle zu deren Einsatz ist vergleichsweise niedrig.«¹²

Dass diese Waffen tatsächlich gegen Menschen eingesetzt werden, ahnt man wohl auch beim AA: »Der Einsatz von Waffengewalt richtet sich jedoch in aller Regel nicht gegen Ausländer.«¹³

12) <http://www.auswaertiges-amt.de/DE/Laenderinformationen/00-SiHi/KosovoSicherheit.html>

13) ebd.

7) Welt Online vom 29.11.2008
<http://www.welt.de/politik/article2803781/Der-BND-in-den-Untiefen-des-Kosovo.html>

8) ebd.

9) taz vom 24.4.2014

10) http://www.parlament.ch/d/suche/seiten/geschaefte.aspx?gesch_id=20113294

<http://www.sonntagszeitung.ch/nachrichten/artikel-detailseiten/?newsid=164365>

<http://www.sonntagszeitung.ch/home/artikel-detailseite/?newsid=208314>

<http://www.blick.ch/news/schweiz/kosovo-parlamentarier-azem-sylja-muss-schweiz-verlassen-id1861643.html>

<http://www.kuvendikosoves.org/?cid=2,102,777>

<http://www.kuvendikosoves.org/?cid=2,192>

11) <http://www.nzz.ch/aktuell/schweiz/kosovos-gefaehrlichster-mann-mit-schweizer-vergangenheit-1.9248788>



Mit solchen Mauern versuchen Roma ihre Häuser vor Überfällen zu schützen.



Leonarda und ihre Mutter in Mitrovica.



Man braucht Vitamine. Ich hab das im Fernsehen gesehen

MITROVICA. In Mitrovica treffen wir Leonarda D. und ihre Familie. Ihre Abschiebung aus Frankreich hatte im Herbst 2013 landesweit für Proteste und weltweit für Schlagzeilen gesorgt.

Am 8. Oktober 2013 stoppen französische Polizeibeamte im Departement Doubs einen Schulbus, zwingen die 15jährige Schülerin Leonarda D., die sich mit ihren MitschülerInnen auf einem Klassenausflug befindet, vor deren Augen aus dem Bus und führen sie ab. Noch am selben Tag wird Leonarda zusammen mit ihrer Familie in den Kosovo abgeschoben. Ein Asylantrag war zuvor abgelehnt worden.

Außer ihrem Vater spricht kein Familienmitglied albanisch oder ist jemals im Kosovo gewesen. Leonarda, ihre Geschwister und ihre Mutter sind in Italien geboren und später nach Frankreich migriert, wo die Familie seit fünf Jahren lebt. Die Abschiebung von Leonarda und ihrer Familie führte landesweit zu Protesten. Gegen das Vorgehen der Behörden protestierten auch LehrerInnenverbände, mehrere Schulen wurden vorübergehend geschlossen.

In Folge der massiven Kritik – auch aus den Reihen seiner Sozialistischen Partei – bot Staatspräsident François Hollande Leonarda nach einigen Tagen öffentlich an, zur Beendigung ihrer Schulausbildung nach Frankreich zurückzukehren – allerdings alleine und ohne ihre Familie. Leonarda lehnte dies sofort und unmissverständlich ab.

Am 28. Januar 2014 wies das Verwaltungsgericht in Besançon den Antrag der Familie D. auf Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis erneut ab. Es gebe keine Aussichten darauf, dass sich die Eltern von Leonarda in Frankreich integrieren könnten. Zudem könnten sie und ihre Geschwister im Kosovo ihre schulische Ausbildung fortsetzen.

Leonarda lebt seit ihrer Abschiebung mit ihrer Familie in Mitrovica im Norden Kosovos.

Vom Innenministerium ist die Familie vorübergehend in einer schlecht ausgestatteten Wohnung untergebracht. Ein Mal im Monat bekommt sie staatliche Essenspakete – hauptsächlich bestehend aus Konservendosen. Weder Leonarda noch ihre Geschwister besuchen die Schule oder den Kindergarten. Der Zugang zu gesundheitlicher Versorgung ist nur mit Bezahlung möglich, aber Familie D. verfügt über keinerlei finanzielle Mittel.

Kannst du erklären, was hier grade passiert ist? Die haben uns heute hier den Strom abgestellt. Der Kosovo holt die Leute hierher, ist dann aber nicht in der Lage, sich um sie zu kümmern – das verstehe ich nicht. Meine Mutter muss Essen auf Kerzen machen, damit wir zu essen kriegen.

Mein Vater war mit meiner Mutter im Krankenhaus. Ich war mit meinen Schwestern und meinen kleinen Brüdern allein zuhause. Plötzlich ist das Licht ausgegangen. Weil sie nicht in der Lage sind, den Strom zu bezahlen. Sie lassen die Leute herkommen, aber sie sind nicht in der Lage denen zu helfen. Das verstehe ich einfach nicht. Darum funktioniert der Ofen nicht. Und meine Mutter muss auf Kerzen kochen.

Das ist kein Leben hier. Das ist ein Alptraum. Ich weiß nicht... das ist einfach kein Leben.

Was macht deine Mutter da? Sie macht Essen. Weil kein Strom mehr da ist, hat sie Kerzen angezündet. Sie kocht die Eier auf den Kerzen. Sie macht uns was zu essen, weil ich ein Loch im Magen habe. Ich habe den ganzen Tag noch nichts gegessen. Wir machen nichts anderes als essen und schlafen. Wir werden noch alle krank. Wir sind immer, immer, immer drin.

Wann hast du das letzte Mal gegessen? Gestern Nachmittag. Wir alle haben gestern Nachmittag das letzte Mal gegessen. Wir haben nicht mehr zu Abend gegessen und haben dann geschlafen.

Gefrühstückt haben wir nicht. Wir wussten nicht, was. Wir hatten keine Milch, kein Brot, keinen Kakao. Wir haben nichts. Wir wussten einfach nicht, woraus wir Frühstück machen sollten.

Und selbst wenn wir frühstücken, reicht uns das nicht den ganzen Tag. Man braucht Vitamine. Ich hab das im Fernsehen gesehen. Für die Gesundheit muss man jeden Morgen frühstücken und das alles. Aber welche Gesundheit denn? Mein Vater zum Beispiel soll jetzt 5.000 Euro selbst bezahlen für eine Operation.

Ist der Kosovo so arm? Hier im Kosovo, da ist wirklich die Krise.

Ich versteh' nicht, warum der Kosovo die Leute aufnimmt, wo er nicht in der Lage ist, sich um sie zu kümmern. Er lässt behinderte Leute hierher kommen, Leute im Rollstuhl, Verrückte... Und wofür? Damit sie auf der Straße sterben? Ohne alles, ohne Dach überm Kopf?

Wir sind jetzt schon seit drei Monaten in diesem Haus hier. Davor waren wir woanders. Da waren wir in einer anderen Wohnung. Das war ein Problem. Die Fenster waren kaputt. Es kam Rauch rein, meine kleine Schwester wäre fast gestorben, sie hat Probleme mit der Lunge. Mein Vater hat sich dann um sie gekümmert.

Was ist das für ein Leben hier? Sie schaffen es nicht mal, sich um die Leute zu kümmern, sie holen sie in den Kosovo, aber sie sind nicht in der Lage, sich um sie zu kümmern. Das ärgert mich wirklich.

Das ist ja schon für Albaner die Krise. Aber für die Roma ist es noch viel schlimmer.

Die Albaner haben ja Arbeit, betreiben Geschäfte. Sie haben ihre Familie die ihnen hilft. Und was haben wir? Nichts.

Wer wird uns helfen? François Hollande etwa? François Hollande hat uns ohne alles in den Kosovo geschafft. Wir hatten keine Papiere, nichts. Überhaupt nichts. Dann hat er mir auch noch angeboten nach Frankreich zurückzu-

kehren, aber ohne meine Familie. Sie hatten nicht das Recht, um Frankreich zu beruhigen, mich aus einem Bus zu holen. Mich aus der Schule zu reißen. Sie hatten nicht das Recht, mich zu suchen. Und was haben sie gemacht? Sie sind es doch, die Gesetze nicht einhalten! Sie haben nicht das Recht, ein 15jähriges Mädchen einfach aus einem Bus zu rausholen!

Das war nicht gut! Alle meine Mitschüler, die das gesehen haben, dachten, ich hätte gestohlen oder jemanden umgebracht. Die haben zu mir gesagt: »Aber warum kommt denn die Polizei zu dir?« Sie haben gesagt: »Du bist doch keine Kriminelle – warum dann die Polizei?«

Ich hatte noch nicht mal die Zeit, das meinen Mitschülern zu erklären oder ihnen zu sagen, ich weiß gar nicht, wann ich wieder komme. Nein, das ging alles nicht. Sie haben mich direkt mitgenommen, an den Armen rausgezerrt und in den Bus gesteckt.

Welche Perspektive hättest du im Kosovo? Wie bitte?

Welche Perspektive hättest du im Kosovo? Keine! Überhaupt keine. Wirklich gar keine. Warum haben uns die Franzosen nicht gleich dort getötet? Anstatt uns hier in den Kosovo zu bringen, wo wir leiden? Sie sehen ja selbst, wir sind hier ganz alleine, wir haben nichts zu essen, keinen Strom, wir haben nichts. Wir werden meinen Vater hier noch sterben sehen. Schon jetzt leidet er für uns. Weil er sich so um uns sorgt. Um meine Schwestern und meine Brüder. Er macht sich um alles und nichts Sorgen.

Er sorgt sich, weil wir nichts zu Essen haben, das sehen Sie ja selbst. Ich schaffe es nicht, das alles zu beschreiben, was in mir ist. Vielleicht ist es Wut, aber ich schaffe es nicht, ich kann es einfach nicht beschreiben.

Ich weiß nicht.

Wenn du noch in Frankreich wärest, was wären dort deine Perspektiven? Wenn ich noch in Frankreich wäre, würde ich in die Schule gehen und jetzt um die Uhrzeit wäre ich gar nicht zuhause, sondern ich wäre draußen mit meinen Freundinnen.

In Frankreich hatten wir einfach ein ganz anderes Leben. Ich habe mein Praktikum in einem Laden gemacht.

Und was ich werden wollte? Anwältin wollte ich werden. Aber dank Frankreich habe ich dazu nicht mehr die Möglichkeit. Wenn Frankreich einmal nachgedacht hätte, wenn es einmal an die Zukunft der Kinder gedacht hätte! Oder wenn es nicht mal an andere gedacht hätte – sondern einfach an sich selbst.

Das verstehe ich einfach nicht. Weil, wenn ich an andere denke, dann hätte ich im Kosovo nachgefragt: Ist diese Familie aus dem Kosovo oder nicht? Aber das haben sie nicht gemacht, sie haben gar nichts gemacht – außer uns dieses Papiere auszustellen. Frankreich hat die Botschaft bezahlt, damit die Botschaft völlig falsche Papiere ausstellt.¹ Meine Schwester ist in Pontarlier geboren. Und sie haben gesagt, sie sei im Kosovo geboren und damit Kosovarin. Aber sie haben nicht daran nachgedacht, dass wir alles tun werden, um nach Frankreich zurückzukehren. Daran haben sie nicht gedacht. Ich hab's ja schon gesagt: ich werde nach Frankreich zurückgehen. So oder so. Früher oder später werde ich zurückkehren. Danach werden sie sagen: »Ach so, diese Familie ist krank, also sind sie einfach zurückgekommen.«

Du willst Anwältin werden? Was für eine? Ich möchte Anwältin werden, um den Sans Papiers zu helfen, den Leuten ohne Papiere. Um Leuten in meiner Situation zu helfen. Denn die Anwälte können mir nicht helfen und ich, ich will anderen helfen.

¹) Die französischen Behörden hatten bei der kosovari-schen Botschaft Passersatzpapiere für die Abschiebung besorgt, in denen bei allen Kindern als Geburtsort »Kosovo« eingetragen war – obwohl nachweislich keines der Kinder der Familie D. im Kosovo geboren ist.

**Für die
Gesundheit
muss man
jeden Morgen
frühstücken
und das alles.**

**Sie lassen
die Leute
herkommen,
aber sie sind
nicht in der
Lage denen zu
helfen.**

Mein Haus ist kaputt. Das kommt alles vom Krieg

MITROVICA. Sevginaz B. ist ganz allein aus Berlin abgeschoben worden, wo sie ihre traumatisierte Schwester pflegte. Ihr altes Haus in Vučitrn ist jetzt von Albanern bewohnt, von denen sie bedroht wurde als sie es nach ihrer Abschiebung aufsuchte. Wir treffen sie in der neuen Roma-Siedlung in Mitrovica.

Aus welcher Stadt kommen Sie? Berlin. Meine ganze Familie ist in Berlin, meine Schwester ist krank, ich bin die Pflegerin von meiner Schwester. Aber die Polizei hat mich mitgenommen, zum Flughafen und dann direkt Belgrad. Meine Papiere waren beim Obergericht, aber die haben darauf nicht gewartet. Ich hab kein Geld. Mein Haus ist kaputt. Ich bin auf der Straße. Ich möchte zurück zu meiner Familie.

Wo war denn Ihr Haus? In Vučitrn, zwanzig Minuten von hier. Das hier ist für mich eine Katastrophe. Ich war dreizehn Jahre in Berlin, seit dem Krieg.

Wovon leben Sie momentan? Von den Leuten, wenn die mir was geben. Ich bin jetzt auf der Straße. Die Nachbarin hier hat gesagt, komm zu mir. Meine Familie ist komplett in Deutschland.

Bekommen Sie von irgendeinem Sozialamt hier Geld? Nein.

Was passiert, wenn Sie krank werden? Keine Ahnung. Ich hab kein Geld, nichts. Alles musst du kaufen. Das kommt alles vom Krieg.

Das Bundesamt sagt, Medikamente sind im Kosovo umsonst, wenn man Sozialhilfe bekommt. Wissen Sie was davon? Nein. Kein Geld vom Sozialamt. In Deutschland ja. Ich bin nicht krank, aber meine Schwester ist in Berlin. Hier ist es katastrophal, ich hab Angst hier alleine. In meiner Stadt sind nur Albaner, alle starren mich an. Schlagen mich. Im Krieg haben sie mich geschlagen, meine Zähne kaputt gemacht. In Deutschland wurden die wieder repariert. Aber jetzt hier habe ich Angst. Ich dachte, die Härtefallkommission kann mir helfen. Ich hatte ein Papier, aber die Polizei hat nicht gewartet bis alles zusammen war. Ich wollte mit einem Anwalt zum Obergericht. Aber die Polizei hat das Urteil nicht abgewartet.

Du musst alles selbst bezahlen

MITROVICA. Wir stehen auf der Straße in der neuen Roma-Siedlung von Mitrovica. Unsere Gesprächspartnerin ist kurz ins Haus gegangen um Papiere zu holen. Da sprechen uns zwei junge Männer an.

Bist du Anwalt? Ja.

Und was machst du hier? Wir wollen gucken, was mit abgeschobenen Roma aus Deutschland passiert.

Ja, Katastrophe. Wir wollen gucken, ob das stimmt, was das Bundesamt behauptet.

Was sagen die? Die behaupten zum Beispiel, wer im Kosovo Sozialhilfe bekommt, muss nichts für Medikamente bezahlen.

Wir müssen hier alles bezahlen. Ich garantiere dir, alles. Für eine Spritze gehe ich zum Doktor, dann muss ich noch mal rausgehen, muss die Spritze kaufen gehen, damit ich die bekomme. Die Spritze, die Medikamente, alles. Alles.

Was ist, wenn man eine Bescheinigung vom Sozialamt mitbringt, dass man Sozialhilfe kriegt? Oh, gar nichts. 60 Euro ist die Sozialhilfe hier, davon musst du für Strom 25 Euro bezahlen, von dem Rest musst du leben.

Kommt darauf an, wieviel du zahlst. Ja, aber durchschnittlich 25 Euro. Also bleibt dir 35.

Haben Sie Kinder? Ich? Ja.

Waren die in den letzten Monaten mal beim Arzt oder haben Sie jemanden begleitet zum Arzt? Nein, Gott sei Dank nicht! Aber begleitet habe ich jemanden.

Haben die einen Schein vom Sozialamt? Nein, du musst alles bezahlen. Beim Arzt oder im Krankenhaus behaupten sie, sie haben nichts. Und dann musst du alles selber bezahlen.



Mitrovica ist eine geteilte Stadt. Seit dem Krieg 1999 ist der Norden der Stadt serbisch, der Südteil albanisch verwaltet. Der Fluss Ibar trennt die Stadt, es gibt zwei Brücken und einen Steg. Die Ibar-Brücke im Zentrum ist wegen einer Dauer-Barrikade unbefahrbar und wird von KFOR-Truppen bewacht, nur FußgängerInnen können sie passieren. Wer mit dem Auto über Umwege vom albanischen in den serbischen Teil fährt, wechselt die Kennzeichen oder nimmt sie ab. Der Konflikt zwischen der albanischen und der serbischen Bevölkerung ist omnipräsent. 2004 und 2008 gab es große Zusammenstöße.



In der Roma Mahalla in Mitrovica lebten vor dem Kosovo-Krieg 8000 Roma. Innerhalb weniger Tage wurden die Menschen unter den Augen der NATO vertrieben, viele Häuser wurden zerstört. Viele Roma lebten später jahrelang in UN-Flüchtlingslagern in Trepça, einer ehemaligen Gold-, Silber- und Blei-Mine – mit oft tragischen gesundheitlichen Folgen: Trepça war das größte unterirdische Bergwerk Europas und die Gegend ist mit Schwermetallen belastet. Menschenrechtsorganisationen erhoben schwere Vorwürfe gegen die UN-Verwaltung im Kosovo (UNMIK), diese Flüchtlingslager trotz Warnungen vor den Gefahren jahrelang betrieben zu haben. Erst 2007 wurde im Süden Mitrovicas eine neue Siedlung mit Geldern internationaler Hilfsorganisationen errichtet.



Wir sind uns nicht einmal sicher, was für eine Luft wir atmen

PRIŠTINA. In der Nähe der Universität treffen wir die Soziologin Eli Gashi. Sie leitet ein Institut für soziale und kulturwissenschaftliche Studien, das 2009 gegründet wurde. Neben feministischer Forschung befasst sich das Institut mit Erinnerungskultur.

Wie steht es um die Gleichstellung der Geschlechter im Kosovo? Obwohl dieses Land eine Frau als Präsidentin hat und Frauen und Männer rechtlich gleichgestellt sind, würde ich sagen, dass wir eine sehr patriarchale Gesellschaft sind. Unsere Staatspräsidentin wurde von Männern ausgesucht. Bei der Gleichstellungspolitik im Kosovo geht es nicht um wirkliche Gleichheit, sondern um Statistik. Die Politik will, dass im Parlament 30 Prozent Frauen sitzen oder in öffentlichen Institutionen 40 Prozent Frauen angestellt sind. Das allein ist für mich keine Gleichheit. Es gibt viel häusliche Gewalt und die Frage ist doch, wie damit umgegangen wird. Wir haben Frauenhäuser, in denen Frauen für zwei Monate Schutz bekommen. Aber es gibt kein Konzept dafür, was nach diesen zwei Monaten passiert. Meistens gehen sie wieder zu ihrem Ehemann, weil sie keinen Job und keinen Ort haben, wo sie bleiben können.

Woran liegt diese Ausrichtung auf Statistik? Wir haben an unserem Institut jüngst dazu geforscht, wie politische Schwerpunktsetzungen von Geldgebern beeinflusst werden. Auch die Themen der Frauenorganisationen kommen nicht »von unten«, sondern sie spiegeln die Themensetzung vom Ausland wider, also, was dort für ein wichtiges Thema gehalten wird. Früher war das etwa der Menschenhandel oder die Wirtschaftsentwicklung.

Wie groß ist das Problem des Menschenhandels? Es ist besorgniserregend. Der Menschenhandel gilt als sehr verbreitet. Kosovo ist ein Transitland. Beim Menschenhandel unterscheiden ExpertInnen in lokale und internationale Opfer. Die Zahl der internationalen Opfer stieg an, als die KFOR kam und ging zurück, als die Truppenstärke sich verringerte. Seit etwa drei Jahren wird immer weniger über das Thema gesprochen. Ich denke aber, dass Menschenhandel schon noch ein gegenwärtiges Problem ist – hauptsächlich mit lokalen Opfern.

Wie steht es im Kosovo mit den Rechten von LGBTQs (Lesbian, Gay, Bi- und Transsexual, Queer)? Sobald das Thema in die Öffentlichkeit gebracht wird, wird es ein Problem. Auf dem Papier ist alles gut, aber die Gesetze finden keine Anwendung. In Priština hat man in Hinblick auf LGBTQ-Rechte nicht das Gefühl, im Kosovo zu leben. Es gibt uns als Institut sowie eine Anzahl von Organisationen, die sich um Frauenrechte kümmern und auch die LGBTQ-Community unterstützen. Derzeit gibt es drei Organisationen, die zu LGBTQ-Rechten arbeiten. Aber sie tun das verdeckt und maskieren jedes Event, das mit LGBTQ-Rechten zu tun hat. Das Wort LGBTQ kommt niemals

öffentlich zur Sprache. Denn dann würden sie bedroht. Wir hatten Fälle von Gewalt.

Können Sie von diesen Fällen berichten? Erst kürzlich gab es eine Aktion am Valentinstag, bei der sich vier Künstlerinnen öffentlich geküsst haben. Daraufhin wurde ihr Leben bedroht. Vor vier Jahren wurde ein schwuler Mann von einer Gruppe von Leuten zusammengeschlagen und die Polizei hat niemanden erwischt. Er hat Selbstmord begangen auf Grund des Drucks aus der Familie und der Gesellschaft. Ende 2010 gab es ein Event, das von »Kosovo 2.0« [alternatives Medienportal, Red.] organisiert wurde. Es ging um die Veröffentlichung einer Geschichte von zwei Frauen – eine aus dem Kosovo und eine aus Serbien –, die sich Briefe darüber schrieben, wie es war, in den 1990er Jahren homosexuell zu sein. Das führte zu schrecklich gewalttätigen Protesten. Eine Gruppe aus Sportfans und radikalen Islamisten kam zusammen, um gegen das Event und gegen LGBTQ zu protestieren. In der Gesellschaft ist es erstens eine Sünde, homosexuell zu sein und zweitens ist es eine Sünde, dass Albanerinnen und Serbinnen sich Liebesbriefe schreiben.

Wie reagierte die Polizei? Anstatt etwas gegen die gewalttätigen Leute zu machen, hat die Polizei bestimmten Leuten gesagt, sie sollen Kosovo eine Zeit lang verlassen, weil es hier nicht sicher für sie sei. Zur Zeit sind wir am überlegen, wie wir dieses Thema überhaupt öffentlich ansprechen können.

Es scheint, dass im Kosovo alle die Ethnizität der NachbarInnen kennen. Gibt es die Chance, dass dieses ethnische Denken irgendwann weniger wird? Ich sehe nicht, dass sich das in den nächsten Jahren ändert. Früher haben wir alle zusammen gelebt: SerbInnen, AlbanerInnen, Roma, BosnierInnen.

Ich würde nicht sagen, dass es bis zu den 90er Jahren perfekt war, aber es war okay. Dann gab es einen Bruch in den 90er Jahren und diese ethnische Aufteilung. Am Ende des Krieges hatten wir eine Phase, wo es total chaotisch war. Wir waren uns nicht mehr

sicher, wer wen getötet hat und was passiert ist. Ich bin sehr kritisch im Hinblick auf die internationale Gemeinschaft und wie sie die Idee der »Anderen«, die ethnische Aufteilung nach dem Krieg im Kosovo zementiert hat.

Wir recherchieren zur Situation der Roma im Kosovo. Wir haben unsere GesprächspartnerInnen immer wieder danach gefragt, ob sie Roma kennen, die ein Café oder ein sonstiges Geschäft betreiben, ob sie Roma kennen, die als LehrerInnen oder ProfessorInnen arbeiten. Niemand konnte uns das benennen. Was würden Sie sagen? Ja, das stimmt. Ich könnte keine Roma nennen, die eine wichtige Position in der Regierung inne haben, in einer öffentlichen Institution sitzen oder ein Geschäft betreiben.

Können Sie uns etwas zum Gesundheitssystem im Kosovo erzählen? Nach offiziellen Angaben sind die medizinische Behandlung und die Medikamente umsonst, wenn man Sozialhilfe bekommt, behindert ist oder älter als 65 Jahre ist oder jünger als 10 Jahre alt ist. Stimmt das? Das Gesundheitssystem im Kosovo ist wirklich schlecht – für alle, nicht nur für Minderheiten. Um aus eigener Erfahrung zu sprechen: Als ich war krank war, musste ich meine eigenen Medikamente kaufen, weil in der Notaufnahme keine vorhanden waren – obwohl das der Ort ist, wo alles Nötige da sein sollte. Was im Kosovo speziell im Hinblick auf das Gesundheitssystem passiert, aber auch andere öffentliche Bereiche betrifft, ist, dass die meisten Gesundheits-Dienstleistungen privatisiert wurden, die von öffentlichen Krankenhäusern gewährleistet werden sollten. Wenn man nun für eine Untersuchung in ein öffentliches Krankenhaus geht, sagen sie, dass entweder die Maschine nicht funktioniert, oder die richtige Ausrüstung oder das Personal fehlt während die privaten Anbieter das alles haben. Leute sterben, weil sie kein Geld für Medikamente haben.

Gilt das auch für Kinder und ältere Menschen? Absolut, für jeden. Wenn keine Medikamente da sind, sind keine da.

Fehlen auch Spritzen, Handschuhe und die medizinische Ausrüstung? Das hängt von der Jahreszeit ab. Es gibt Zeiten, in denen das Budget ausgegeben werden muss, dann kaufen sie ein. Manchmal hat man dann Glück. Vor ein paar Tagen habe ich mit einer Frau gesprochen, die Krebs hat und eine Behandlung braucht. Sie soll 18 Monate auf eine Chemotherapie warten. Die Zeit hat sie nicht. Wer Geld hat, würde ins Ausland gehen, etwa nach Mazedonien. In letzter Zeit nehmen Leute öfter Bankdarlehen auf, um eine Behandlung zu bezahlen – inklusive der hohen Zinsen, die wir hier haben.

Wären solche Kredite eine realistische Option für Roma? Für sie ist es dreimal schwerer als für alle anderen im Kosovo. Um einen Kredit zu bekommen, muss man einen Job und ein regelmäßiges Einkommen für die letzten sechs Monate nachweisen. Für Roma, die zwar arbeiten, aber keinen Vertrag haben und kein regelmäßiges Einkommen, das auf einem Bankkonto landet, ist das unmöglich.

Wieso gibt es in Priština derzeit Probleme mit der Wasserversorgung? Wir hatten einen sehr schlechten Winter, ohne Schnee und Regen. Das Wasser ist knapp. In Priština gibt es Sparmaßnahmen und Wassersperren: Ich muss morgens um 6 Uhr aufstehen, um zu duschen, weil das Wasser gegen 7 Uhr abgestellt wird. Dann haben wir bis um 18 Uhr kein Wasser und danach wieder nur für zwei, drei Stunden. So ist es in Priština – in anderen Orten haben sie manchmal tage- oder wochenlang kein Wasser.

Gilt das auch für die Stromversorgung? Die Stromversorgung wurde privatisiert. Wenn man einmal nicht bezahlt, wird der Strom abgestellt. Es gibt keine Ausnahme, auch nicht bei Sozialleistungsbezug. Das Unternehmen interessiert das nicht. Früher war das noch anders. Deswegen haben wir gegen die Privatisierung protestiert.

Ist die Beschulung aller Kinder sichergestellt? Wir haben immer wieder Skandale, auch in Bezug auf die Schulen. Die meiste Zeit gibt es in den Schulen keine Heizung, auch dort herrscht Wasserknappheit. Oft sitzen 50 SchülerInnen in einer Klasse, die für 25 Kinder gedacht ist.

Gibt es Lehrmittelfreiheit? Das Bildungsministerium hat ein Programm, das Bücher umsonst bereitstellt, aber keine Hefte oder Stifte. Nur ist das immer so eine Sache. Ich weiß, dass sie das in Priština so machen, aber ich bin mir nicht sicher, wie es in anderen Kommunen ist.

Werden die Probleme außerhalb Prištinas wahrgenommen? Priština ist in allem eine Ausnahme und vieles, worauf sich die internationale Gemeinschaft bezieht, gilt nur in Priština. Ich glaube, dass es deshalb kein klares Bild davon gibt, was im Kosovo passiert. Wir haben diese mondanen und gut ausgebildeten Minister, die im Ausland Deals machen. Sie sehen aus, als kämen sie aus einem reichen Land. Ich habe vor kurzem erst einer Debatte des Landwirtschaftsministers mit dem Kulturminister zugehört und hatte das Gefühl, sie würden über Deutschland oder Frankreich reden. Sie haben keine Ahnung von der Realität, sitzen nur in ihren Büros und gehen nicht nach draußen. Sie denken, alle im Kosovo haben den Luxus, den sie haben – das stimmt aber nicht.

Wie wird es im Kosovo in Zukunft weiter gehen? Wir gelten als Leute, die viel Hoffnung haben und nach Besserem streben. Aber die Situation ist so schlecht, manchmal habe ich das Gefühl, dass es gar nicht besser wird. Die Menschen haben sehr wenig Vertrauen in die öffentlichen und staatlichen Institutionen, sie trauen eher den religiösen Einrichtungen und NGOs. Die Situation ist hoffnungslos. Ich bin ziemlich pessimistisch.

Wie stabil ist die gesellschaftliche Lage, ob all dieser Probleme? Die Situation wird immer angespannter. Das Gesundheitssystem ist schrecklich, das Bildungssystem ist furchtbar. Dann die hohe Arbeitslosigkeit, die Tatsache, dass wir – außer nach Albanien, Montenegro und Mazedonien – ohne Visum nicht ausreisen können. Die vielen Leute, die einen Abschluss haben, aber keine Zukunft. Oder keine Chance, einen Job zu finden. Wir sind uns ja nicht einmal sicher, was für eine Luft wir einatmen. Wir wissen nicht, was für Wasser wir trinken und was wir essen. Ich befürchte, das alles könnte irgendwann zusammenkommen und zu einer Explosion führen. Dafür braucht es nur einen Funken.

Proud to be gay in Priština





Während unseres Aufenthaltes wird der Staat Kosovo sechs Jahre alt.

Erinnerungspolitik im Kosovo, das sind an vielen Stellen Heldengedenkorte.

Bojkotplakate im serbischen Teil Mitrovicas.

Albanische Masken für den kosovarischen Unabhängigkeitstag

Nation ja, Roma nein

Im Januar und Februar 2014 demonstrierten Studierende und Dozierende der Universität Priština tagelang. Sie besetzten das Universitätsgebäude und lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei. Die Studierendenproteste waren ein Hoffnungsschimmer bei der Suche nach emanzipatorischen Positionen im Kosovo. Die DemonstrantInnen forderten die Demokratisierung der universitären Gremien, die Achtung der gesetzlich garantierten Autonomie der Hochschulen und vor allem den Rücktritt des Rektors Ibrahim Gashi. Sie warfen ihm vor, sich seine akademische Reputation erschlichen und seinen Posten nur wegen seiner politischen Beziehungen erhalten zu haben: Der Politikwissenschaftler war bis 2012 Mitglied des Parlamentarischen Ausschusses für Außenpolitik und hatte drei der fünf für eine Professorenstelle an der Universität Priština notwendigen Artikel in einer dubiosen Zeitschrift der indischen Plattform »Society for Science and Nature« veröffentlicht – statt in einem wissenschaftlichen Fachmagazin. Der öffentliche Druck auf ihn stieg, als die Studierenden landesweit zu einer Großdemonstration in Priština aufrufen. In der Regierung wuchs die Sorge vor einer möglichen Koalition verschiedener Protestbewegungen und einem »kosovarischen Frühling«. Gashi trat schließlich am 8. Februar 2014 auf Druck des Ministerpräsidenten Hashim Thaçi und seiner Regierungspartei Partia Demokratike e Kosovës (PDK) zurück.

Ein solches Aufbegehren hat es im Kosovo bislang nicht gegeben. »In diesen Protesten scheinen die Ansätze einer ehrlich demokratischen Kultur auf«, kommentiert der Presseoffizier des deutschen KFOR-Kontingents, Gerd Broich, die Studierendenproteste. »Auch der Rektor musste feststellen, dass er von der herrschenden Klasse nicht mehr geschützt wird«, so Broich. Bis heute sind im Rahmen des KFOR-Einsatzes knapp 700 Soldatinnen und Soldaten der Bundeswehr im Kosovo stationiert. Auftrag der KFOR ist, die öffentliche Sicherheit zu garantieren, wenn die lokale Polizei und die europäische Rechtsstaatlichkeitsmission EULEX versagen.

Bislang sieht man im deutschen Feldlager in Prizren die Lage noch gelassen und ist bemüht, nicht den Anschein von Beschäftigungslosigkeit zu erwecken. Man konzentrierte sich auf die Bereitschaft für den Ernstfall, die Aufrechterhaltung der Infrastruktur und ein gutes Verhältnis zur lokalen Bevölkerung, berichtete der Stabschef bei unserem Besuch im Februar in Prizren.

Der interkulturellen Einsatzberater Thyssen zeichnet ein ambivalentes Bild von der gesellschaftspolitischen Situation im Kosovo: Die Arbeitslosigkeit sei mit über 40 Prozent (und über 60 Prozent unter den bis 25jährigen)

die höchste in ganz Europa, die Bevölkerung überdurchschnittlich jung und gut gebildet, die politische Führung überdurchschnittlich korrupt und primär an der Privatisierung des Landes interessiert, ein Sozialsystem existiert nicht. Kosovo sei einer der europäischen Hauptumschlagplätze für Organ- und Drogenhandel, Geldwäsche ein wichtiger Geschäftszweig und Ministerpräsident Hashim Thaçi, ehemals Kommandeur der UÇK, wird unter anderem in einem Bericht der EU-Kommission vorgeworfen, an diesen Geschäften beteiligt zu sein. Auch die Lage der Minderheit der Roma beurteilt die Bundeswehr entsprechend schlecht, möchte allerdings nicht von systematischer Diskriminierung sprechen – vielleicht mit Rücksicht auf die deutsche Abschiebep Praxis. Die von den deutschen Offizieren beschriebenen Zustände sind allerdings weit entfernt von dem, was als demokratischer Rechtsstaat verstanden wird. Das erklärt womöglich, warum die Studentenproteste von der Bundeswehr eher positiv beurteilt werden.

Es war ein heterogener Zusammenschluss aus unabhängigen Studierenden und verschiedenen partei gebundenen Jugendorganisationen, der an der Universität Priština protestierte. Neben dem marxistischen Klubi Politik i Studenteve (KPS) spielte die Studierendenorganisation Studim Kritikë Vepirim (SKV) als Jugendorganisation der Oppositionspartei Vetëvendosje (Selbstbestimmung) die größte Rolle, ihre Mitglieder besetzten wichtige organisatorische Posten, basisdemokratische Gruppen wurden zugunsten der jungen Parteikader zurückgedrängt.

Vetëvendosje wurde 2010 als Partei gegründet und stellt mit Shpend Ahmeti derzeit den Bürgermeister von Priština. Als im Juni 2014 im Kosovo die zweite Parlamentswahl seit der Erklärung der Unabhängigkeit von Serbien 2008 stattfand, wurde Vetëvendosje mit 13,59 Prozent erneut drittstärkste Kraft. Das Wählerpotential der Partei, die häufig nur »die Bewegung« genannt wird, ist groß: Kosovo ist der Staat mit der durchschnittlich jüngsten Bevölkerung in Europa – jener Wählergruppe, bei der Vetëvendosje populär ist. In urbanen Gebieten wie Prizren und Priština, in denen die meisten der jungen Menschen leben, erreichte sie bei den Kommunalwahlen 2013 Wahlergebnisse zwischen 40 und 50 Prozent. Unter den durchweg konservativen Parteien ist sie die einzige ernsthafte Opposition: Die Partei verurteilt die Korruption im Land, streitet für die Rechte von Arbeitnehmerinnen und -nehmern und kritisiert vehement die Privatisierungen. Eine Alternative zum Chauvinismus ist sie jedoch nicht: Sie vertritt einen großalbanischen und damit antiserbischen Nationalismus.

Die serbische Minderheit im Norden genieße »zu viele Privilegien« und blockiere »die politische und wirtschaftliche Entwicklung des Kosovo«, sagt Kushtrin Abdinetaj, studentischer Aktivist und Mitglied von Vetëvendosje. Wegen solcher Positionen beurteilt Eli Gashi die Rolle von Vetëvendosje als zwiespältig. Sie ist Sozialwissenschaftlerin, Mitglied des feministischen Instituts »Alter Habitus« und war auch an den Studierendenprotesten beteiligt. »Einerseits hat die Partei vielen unterstützenswerten Initiativen zu einer wesentlich breiteren öffentlichen Wahrnehmung verholfen«, sagt Gashi. Als im Dezember 2012 rechte Hooligans und Neonazis eine Party von LGBTQ-Aktivistinnen und -Aktivisten angriffen, habe Vetëvendosje diese öffentlich hart verurteilt und sich mit den Betroffenen solidarisiert. Andererseits versuche Vetëvendosje, jede aufkommende linke Bewegung in die Partei zu integrieren, so Gashi. »Das schränkt die Dynamik linker Initiativen immer wieder ein.«

Sehr deutlich aber ist ihre Einschätzung, wenn es um das Verhältnis von Vetëvendosje gegenüber ethnischen Minderheiten geht. »Ganz oben auf deren Agenda steht die albanische Nation«, sagt Eli Gashi. »Alles, was darin keinen Platz hat, wird prinzipiell erst einmal als Problem betrachtet.« Der Nationalismus von Vetëvendosje sei mit Blick auf die jüngere Geschichte der ehemaligen jugoslawischen Republiken sehr bedenklich. Derzeit diene vor allem die serbische Minderheit als Feindbild. Aber Gashi befürchtet: »Wenn die Vetëvendosje irgendwann die Wahlen gewinnen sollte, sieht es für alle Minderheiten im Kosovo düster aus.«

Bei den Parlamentswahlen im Juni 2014 wurde die Oppositionspartei Vetëvendosje wieder drittstärkste Kraft im Kosovo. Deren Jugendorganisation hatte sich Anfang des Jahres an Studierendenprotesten beteiligt. Doch sie vertritt einen großalbanischen Nationalismus.

Sie wurden als Erste attackiert¹

MITROVICA. In Mitrovica verbringen wir zwei Tage. Von einem Balkon aus möchte ich die Brücke fotografieren, an der sich die Stadt teilt. Wir klingeln in einem der Hochhäuser. Nach mehreren erfolglosen Versuchen öffnet uns eine Frau. Auch wenn sie anfangs nicht vor die Kamera möchte, bietet sie uns etwas zu trinken an und gibt dann doch ein Interview, oder besser gesagt: Sie gibt uns eine ausführliche Stellungnahme. Dabei spüre ich eine Art Faszination für die vordergründig weltoffenen Äußerungen, hinter denen sich ein tiefer Rassismus leise offenbart. Wir sprechen englisch, sie sagt nur Gipsy. Sie bemerkt unser Beharren auf romani people, es entlockt ihr nur ein müdes Lächeln.

Können Sie uns vielleicht ein kleines Interview über das Leben hier geben? Okay, setzt euch. Wollt ihr was trinken? Was wollt ihr über Mitrovica wissen?

Wie es ist, hier zu leben. Bevor, während des Krieges oder jetzt?

Bevor, während und jetzt. Ich bitte euch! Vor dem Krieg war es perfekt. Aber jetzt denke ich ernsthaft darüber nach, Mitrovica zu verlassen. Vor dem Krieg hatten wir besonders in Mitrovica ein schönes Leben. Ich hatte Cousins in Priština, die neidisch waren, auf die Plätze zum Ausgehen, Restaurants. Mitrovicas Musiker waren auf der ganzen Welt bekannt. Es gab ein Jazzfestival, mein Mann spielt Gitarre, er hatte damals eine Band. In ganz Jugoslawien waren wir bekannt. Es war schön. Wir hatten ein einfaches Leben voller Freude.

Nach dem Krieg änderte sich alles. Jetzt ist es besonders für uns hart. Normale Menschen, die hier bleiben wollen. Ich lebe hier seit 42 Jahren. Alles ist komplett verändert, die Menschen haben sich verändert, eine Menge Sachen haben sich verändert. Ich kann für mein Kind keine Zukunft hier sehen, es ist nicht sicher hier. Meine Tochter ist siebzehn, und selbstverständlich möchte sie abends raus gehen. Ich mache mir immer Sorgen. Wegen der hohen Kriminalität, speziell wegen der Albaner. Ich arbeite bei EULEX². Und ich weiß, dass Leute in den Norden von Mitrovica kommen und Probleme machen, nicht nationalistisch, nur kriminell. Die Kriminalität hat nichts mit Nationalität oder Hautfarbe zu tun: es gibt auf allen Seiten Kriminelle. Besonders in den letzten Jahren gibt viele Drogen in der Stadt.

Und die andere Seite der Stadt oder des Landes wäre keine Option? Nein, niemals. Sicherlich nicht. Bei allem Respekt für die normalen Leute, nein.

Warum? Das ist sehr schwierig. In den letzten fünfzehn Jahren sind zu viele Dinge passiert. Es dauert vielleicht fünfzehn weitere Jahre, bis wir unsere Ansichten ändern

und uns gegenseitig akzeptieren und ein Leben wie zuvor beginnen.

Jetzt haben wir Probleme mit den Albanern. Viele Freunde und Nachbarn, die damals in der Stadt wohnten, sind jetzt weggezogen. Hier sind zu viele Serben, die nie in der Stadt gelebt haben, die haben nicht diese Tradition, die Kultur. Auf der albanischen Seite ist es genauso. Stell dir vor, fünfzehn Jahre! Ein Junge, der während des Kriegs drei war, ist jetzt achtzehn. Fünfzehn Jahre, in denen die Serben die Bösen waren. Dann stell dir vor, wie du seine Ansichten jetzt änderst. Oder wenn deine Eltern gelernt haben: »Die Albaner sind schlecht«. Das ist alles sehr problematisch.

Im Kosovo leben nicht nur SerbInnen und AlbanerInnen, sondern auch Minderheiten – was denkst du über deren Situation? Wir haben Gipsy², die schwimmen auf beiden Seiten. Einige Gipsy leben im Süden und arbeiten im Norden. Sie hatten es auch sehr schwer in den vergangenen Jahren, manchmal Probleme mit beiden Seiten. Sie sind weder noch. Die meisten haben sich irgendwie auf der einen oder anderen Seite wieder gefunden. Wie auch immer, haben sie sich auch entschieden. Sie sind nicht immer auf beiden Seiten.

Denkst du, die Situation ist jetzt einfacher? Oder anders? Für wen?

Zum Beispiel für Roma. Für Roma ist es jetzt ein bisschen besser. Ich weiß, die wohnten auf beiden Seiten. Früher hatten sie wirklich schlechte Lebensbedingungen. Sie hatten so kleine Häuser. Aber sie wollten das auch so. Es war ihr Lebensstil.

Nach dem Krieg haben einige Organisationen neue Häuser gebaut, so dass ich schätze, es gibt jetzt bessere Wohnungen. Eine Menge NGOs beschäftigen sich jetzt mit ihren Problemen, zum Beispiel was den Schulbesuch anbetrifft. Sie lernen jetzt, dass das Leben mit Bildung einfacher sein kann. Möglicherweise beginnen sie mit der Zeit, ihre Einstellungen und ihren Lebensstil zu ändern.

Denkst du, ihre Situation hat sich in den letzten fünf Jahren verbessert? Ja, sicherlich. Vielleicht ist es nicht so einfach, einen Job zu finden. Auch für uns ist das nicht so einfach, weißt du. Aber möglicherweise schicken sie ihre Kinder zur Grundschule, darüber haben sie vielleicht vorher nie nachgedacht. Sie haben ihre Kinder nur auf die Straße geschickt, um nach Geld zu fragen. Daher denke ich, jetzt ist es ein bisschen besser.

Die Gipsy, die sind überall auf der Welt speziell. Sie sind nicht so wie wir. Für sie bedeutet das nichts: heute in Mitrovica, morgen in Priština. Drei Tage sind sie zum Arbeiten in Deutschland. Ich denke, sie machen sich nicht so viele Gedanken. Aber sie ändern ihre Meinung. Sie sorgen für die Familie.

Ich kann mich erinnern, dass eine Frau bei meiner Großmutter putzte, die war wirklich sehr, sehr ehrlich. Meine Großmutter gab ihr den Schlüssel und wir gingen aus. Sie hat niemals gestohlen oder so. Sie hat das Haus und alles sauber gemacht, in zwei Stunden. Sie war uns viele Jahre eine Hilfe. Sie war wirklich ehrlich. Was nicht so üblich ist bei den Gipsy. Normalerweise, wie Gipsy vordergründig gesehen werden, stehlen sie etwas, machen schlechte Jobs oder etwas illegales. Ich denke, sie haben sich sehr verändert. Bildung ist das Wichtigste für die Leute, egal ob du Gipsy, Albaner oder Serbe bist. Wenn du gebildet bist, ist dein Geist frei.

Und ist es heute vorstellbar, dass du so einen Vertrag mit einer Roma hättest wie deine Großmutter? Ja, das ist möglich. Beispielsweise haben wir zwei Brüder und ihr Kind, die arbeiten auf Baustellen und wenn wir was brauchen, rufen wir sie an. Sie sind immer bereit zu kommen und uns zu helfen – selbstverständlich für

Geld, sie sind ehrliche Arbeiter. Wir machen einen Deal, sie sagen ihren Preis und machen ihren Job gut. Das ist fair play und wir sind in Kontakt.

Ich hatte auch ein junges Mädchen, die jetzt nach Kosovo Polje verheiratet ist. Ayshe. Sie war wirklich klein, damals, vor zehn Jahren, sechs Jahre alt. Ich habe sie eines Tages auf der Straße kennengelernt, sie fragte: »Hast du zehn Dinar?« und ich hatte nur zwanzig, die gab ich ihr, aber sie sagte: »Nein, nein, ich wollte zehn!«. Seit diesem Tag mochte ich sie sehr. Wir haben Kontakt, weißt du. Sie sind wirklich süß und sie können sehr höflich sein. Sie sagen, alle Gipsy sind schlecht oder Diebe oder so, aber sie sind einfach Menschen. Was? Überrascht dich das?

Nein, überhaupt nicht. Aber es scheint mir, dass es sehr große Barrieren gibt zwischen all den Mehrheiten und Minderheiten. Das ist eine politische Frage. Wenn du normale Menschen fragst, sagen die, dass wir alle gleich sind.

Wir haben gehört, dass eine Menge Häuser von Roma hier in Mitrovica zerstört wurden. Ja. Der Teil nahe der Brücke, den wir vor dem Krieg Gipsyviertel nannten, in dem Teil haben alle gelebt. Nur einige Häuser waren gebaut, die meisten waren aus irgendwelchen Materialien und sehr klein. Während des Krieges hat die Stadt eine Nacht gebrannt, genau ihr Viertel stand in Flammen. Ihnen wurde vorgeworfen, die Serben unterstützt und ihnen geholfen zu haben. Ob das stimmt oder nicht – ich weiß es wirklich nicht. Für ihre Interessen gehen die Gipsy heute mit den Serben und morgen mit den Albanern. Aber es war wirklich schrecklich, nur eine Nacht und das ganze Viertel war niedergebrannt.

Konntest du das von hier sehen? Nein, von hier aus nicht, aber wenn du ein paar Straßen weiter gehst, siehst du die kleinen Gebäude, drei oder vier, die einige Organisationen ihnen gebaut haben. Es war nicht während des Krieges, es war im Juni 1999. Die NATO-Truppen waren schon da.

Die Albaner kamen in Gruppen aus dem Süden und Serbien hat versucht, sie nicht durchzulassen. Im nördlichen Teil der Stadt war es einfacher für sie, die serbischen Familien zu halten, die bis dahin im Süden waren. Und die Gipsy wurden als erste attackiert.

Für mich scheint es ein wenig symbolisch, hier die AlbanerInnen, dort die SerbInnen. Und zwischen ihnen dieser Raum, in dem die Roma leben – die Geographie der Stadt zeigt die politische Lage. Ich wusste immer, dass Gipsy in dem Teil der Stadt leben. Wir hatten diesen schönen Park in der Nähe, in den wir gingen und sie auch, damals um zu betteln. Sie hielten nichts von der Schule, sie hatten eine eigene, aber die meisten gingen nicht hin. Es gab Schwierigkeiten mit dem Unterricht in Romanes, sie haben von der Schule nicht viel erwartet. Es war der Fehler der Eltern, die eine Menge Kinder hatten, die sie zur Arbeit schickten, zum Betteln. Auch heute höre ich von Fäulen, in denen die Kinder auf der Straße betteln. Jetzt haben wir einen Markt am Samstag, auf dem sie eine Menge alte Sachen verkaufen. Das ist ihr Lebensstil, weißt du, manchmal schwer veränderbar.

1) Wir drucken dieses Interview ab, obwohl es romafeindliche Äußerungen und Stereotype enthält, weil es die Haltung der Mehrheit zeigt. Wir denken, dass es das Verständnis für die Situation, in der Roma sich bewegen müssen, erhöht. Das englische Wort »Gipsy« haben wir nicht übersetzt, »Roma people« mit Roma.

2) EULEX Rechtsstaatlichkeitsmission der Europäischen Union im Kosovo. Dafür werden PolizistInnen, RichterInnen und Justizbeamte werden aus den EU-Ländern in den Kosovo entsandt. Dort sind sie beratend und beobachtend tätig, um beim Aufbau einer Polizei- und Justizstruktur zu helfen.



Hochhaus auf der serbischen Seite Mitrovicas mit Blick auf die verbarrikadierte Brücke, die in den albanischen Teil führt.

Rotenburg – Kosovo und zurück

ERSTMALS VERÖFFENTLICHT
IN DER TAZ.NORD AM 18.10.2014

FLUCHTGESCHICHTE Familie S. ist wieder da: Im Februar haben wir sie im Kosovo besucht. Im Oktober 2014 sind sie wieder nach Rotenburg / W. zurückgekommen. Dort hatten sie bis zu ihrer Abschiebung im Jahr 2010 über 20 Jahre gelebt.

ROTENBURG / PEČ Ein Netz bunter Glühbirnen bestrahlt den Kirmesplatz von Rotenburg an der Wümme. Lulzim S. wartet mit seinem zweijährigen Sohn Ardi an der Hand vor einem Karussell. Mit Deutschlandfahnen geschmückt glitzert es durch die Nacht wie ein Ort aus einer anderen, unerreichbaren Welt. Doch Lulzim S. ist tatsächlich hier, blickt auf die Lichter, in seinem alten Heimatort. In Deutschland.

Der zwölfjährige Halil quetscht sich in eine Gondel, seine Knie ragen links und rechts über das Spielzeug-Lenkrad hinaus. Er drückt seinen kleinen Bruder Ardi fest an sich. Aus den Lautsprechern trötet jene Hupe, die wohl auf allen Jahrmärkten der Welt die Karussellfahrt einläutet, dann sausen Halil und Ardi zu Lady Gagas »Pokerface« durch die Luft und alle lachen.

Fast scheinen die Sorgen der letzten Wochen, Monate, Jahre vergessen. Erst seit ein paar Tagen ist die Familie wieder in Rotenburg. Für Lulzim und seine Frau Ajshe war der niedersächsische Ort zwischen Hamburg und Bremen 22 Jahre lang ihre Heimat. Dann wurden sie abgeschoben.

Über vier Jahre hat die Familie versucht, als Roma im Kosovo zu überleben. Sie haben es nicht alle geschafft: Die Großmutter Djulsa starb 2012 entkräftet im Alter von 61 Jahren.

Für die Anderen soll die Rückkehr nach Deutschland nun die Rettung sein. Niemand weiß, wie groß die Chance ist, dass sie nicht wieder abgeschoben werden. Für ein Bleiberecht, dafür, dass die Verfolgung der Roma in Deutschland endlich anerkannt wird, haben Lulzim und Ajshe S. schon zur Zeit der Wende vergeblich demonstriert. Ihre Geschichte ist die eines Deutschlands, dessen Asyl- und Aufenthaltssystem Leben zerstört.

Im Februar 2014 ist die Familie noch im Kosovo. Sie wohnt in einem kleinen Haus am Rande von Peč, einer 100.000-Einwohner-Stadt in der Bergregion nahe der Grenze zu Montenegro. Das Grundstück ist von einer fast zwei Meter hohen unverputzten Backsteinmauer eingefasst. Dort, wo ein Garten blühen könnte, liegen Berge von Wackersteinen und Stapel mit Brennholz. Gegenüber, nebenan, in der ganzen Straße, sind sie die einzige Roma-Familie. Ein Nachbar schaut argwöhnisch herüber. Wenn der erfahre, dass Journalisten aus dem Ausland zu Besuch sind, gebe es Ärger, erklärt Lulzim S. Er bittet darum, vorsichtshalber draußen keine Fotos zu machen.

»Es ist wie im Gefängnis hier«, sagt seine Frau Ajshe, »wir haben Angst vor den Leuten.« Sie sitzt auf einem Sofa im Wohnzimmer. Ein weiteres Sofa steht vor dem Fenster, ein Tisch, ein Bild, sonst kahle Wände. Der Blick nach draußen ist im ganzen Haus durch Gardinen verhängt.

Lulzim S. erzählt davon, dass sein Sohn Ferdi von Nachbarn mit Steinen angegriffen wurde. Er hält ihn im Arm, knapp über dem Auge prangt eine fingerbreite Narbe. In der Schule hätten manche Kinder Messer dabei, ein Mädchen sei vor allen Augen damit abgestochen worden, Hilfe von der Polizei gebe es nur für Albaner, im Supermarkt würde er angemacht, dürfe nichts anfassen, erzählt Lulzim. »Die Leute sagen: ›Gipsy, du stinkst, du riechst‹«, sagt seine Frau Ajshe. Die Kinder gehen nicht mehr allein nach draußen, keiner der Jungen besucht noch die Schule.

1988 waren Lulzim und Ajshe S. als Jugendliche von Jugoslawien nach Deutschland geflohen, mit ihnen die Eltern von Lulzim, Djafer und Djulsa. Der Wohnort Rotenburg/W. wurde ihnen zugeteilt. Nach einem Jahr kommt ihr Sohn Nazmi zur Welt, fünf Jahre später Lutfi, dann Halil und Ferdi. Alle wurden in Deutschland geboren, gingen zur Schule, fanden Freunde.

Viele Jahre litt die Familie unter dem unsicheren Status einer »Duldung«, der keine Perspektive erlaubt. Als Lulzim irgendwann arbeiten durfte, schufte er erst als Ein-Euro-Jobber, dann bei McDonalds. Er konnte die Familie davon ernähren. Das Team der McDonalds-Filiale sammelte vor Lulzims Abschiebung noch Unterschriften, um ihn als Kollegen nicht zu verlieren.

Doch er hatte einen Fehler begangen – einen, in seinen zwei Jahrzehnten in Rotenburg: 2004 hatte er eine Zeit lang alte Metallstücke gesammelt und an einen lokalen Schrotthändler verkauft. Das verschwie er dem Sozialamt. Irgendwann kam es raus. Lulzim erhielt einen Strafbefehl über 1.350 Euro in 90 Tagessätzen. Er bezahlte alles, doch die Vorstrafe hatte Folgen: Selbst die niedersächsische Härtefallkommission wollte den Fall der Familie deswegen später nicht annehmen.

Als 2010 Bundesinnenminister Thomas de Maizière (CDU) mit seinem kosovarischen Amtskollegen ein »Rückführungsabkommen« unterzeichnete, war die Familie unter den ersten, die in ein Land »zurück« sollten, das die Kinder noch nie betreten hatten und das es noch nicht gab, als die Eltern geflohen waren.

In Peč sitzt der 12jährige Halil fast regungslos ganz tief in einem Sessel neben dem großen Holzofen. Ajshe kocht darauf, im Winter beheizt der Ofen das ganze Haus. Halil sagt kaum ein Wort. Neben ihm läuft der Fernseher, RTL, Thomas Gottschalk quasselt über seine neue Sendung. »Wir haben den besten Freund hier, den Fernseher«, sagt Lulzim S.

Nachts schläft die Familie auf den Sofas und auf dem Wohnzimmerboden. Genug Matratzen wären vorhanden, in einem Nebenraum stapeln sie sich fast bis zu Decke. Ferdi purzelt und hüpfert darauf herum, als wären sie ein Trampolin. Doch die Matratzen seien voller Schimmel und nicht mehr zu gebrauchen, erzählt Ajshe.

Schimmel ist auch in der Küche: Schwarze Flechten benetzen die Wände und blühen in den Hängeschränken – Lebensmittel lagern dort ohnehin keine. Die ganze Zeit über läuft im Bad der defekte Wasserhahn. Auf den Kacheln am Boden steht das Wasser. Risse, kaputte Fliesen.

Lulzim erzählt, dass er hier keine Arbeit bekommt. Ob man Albaner, Serbe oder Rom ist, spielt seit dem Krieg 1998/1999 im Kosovo eine unfassbar große Rolle. Bei einer Arbeitslosenquote von über 35 Prozent ist es für Roma fast unmöglich, angestellt zu werden. Fast. Lutfi erzählt, wie es war, als er in einem Callcenter jobbte: Die albanischen Kollegen beschmissen ihn mit Papier, beschimpften und bespuckten ihn. »Ich habe das zwei, drei Tage durchgehalten«, sagt er. Dann, im Hof, als Pause war, gingen sie auf ihn los. »Ich konnte nichts machen. Sechs gegen einen, da geht gar nichts«, sagt er. Er wüsste einen Kollegen, dem Gleiches widerfahren sei. »Einer wie ich, ein Ausländer«, sagt Lutfi.

Ferdi kommt mit einem kleinen Etui zu seinem Vater ans Sofa, darin Teststreifen und ein Blutzuckermessgerät. Routiniert streckt der Fünf-

jährige seinen Finger aus und macht keinen Mucks, als Lulzim ihn piekst. Ferdi kennt das Prozedere, das jeder Diabetiker täglich wiederholt. Doch die Versorgung der Krankheit ist im Kosovo keine Selbstverständlichkeit. Weder Ferdi noch Lutfi, der dieselbe Krankheit hat, können eine diabetesgerechte Kost einhalten. Sie sind froh, wenn sie überhaupt etwas zu essen haben.

»Es ist schwer, deshalb ist er so dünn geworden«, sagt Ajshe und deutet auf Lutfi. Kurz nach der Abschiebung war er noch richtig kräftig, das ist auf einem Foto zu sehen. Die Brille von damals, als er 17 Jahre war, trägt Lutfi immer noch. Sie ist ihm zu klein geworden, auch seine Sehfähigkeit hat sich seitdem verschlechtert. Jeder Arztbesuch kostet, das Geld hat die Familie nicht. Ajshe braucht wegen einer schweren Psychose regelmäßig eine Depotspritze mit Neuroleptika, die gibt es im Kosovo nicht, nur Tabletten, die sie nicht verträgt.

Nur 75 Euro würden die Medikamente im Kosovo kosten – das hatte der Landkreis Rotenburg dem Großvater Dzafer damals versprochen. Ihm und seiner Frau würde dieser Betrag deshalb über drei Jahre bezahlt, wenn sie Deutschland verließen. Dzafer glaubte das und reiste mit seiner Frau Djulsa – anders als der Rest der Familie – freiwillig aus. Der Landkreis zahlte, doch allein das Schmerzpflaster für Dzafer kostet 160 Euro im Monat.

Wegen ihrer freiwilligen Ausreise bekamen sie für fünf Monate 150 Euro vom deutschen Rückkehrprojekt »URA 2« in Priština. Djulsa hat das nicht gerettet. Fotos zeigen, wie sie zuletzt gestützt werden musste, um sich überhaupt noch aufzurichten. Hoher Blutdruck, Diabetes, fortschreitende Erblindung – sie litt an einem Krankheitsbild, das man in Deutschland in den Griff bekommen hätte.

In einem medizinischen Gutachten hatte ihre Ärztin noch vor der Ausreise in den Kosovo gewarnt: »Auf Grund des stark reduzierten Allgemeinzustandes ist von einer Reiseunfähigkeit auszugehen, sollen nicht schwere gesundheitliche Gefahren, bis zur Todesfolge in Kauf genommen werden«, hieß es in dem Gutachten. Die Ärztin sollte Recht behalten.

Weitere warnende Gutachten gab es für den Großvater, für Lutfi und Ferdi sowie für ihre Mutter Ajshe. Trotzdem mussten sie gehen.

Dass die Familie im Kosovo überlebt, ist der Unterstützung der Verwandten, einer Reihe von deutschen Spendern und ihrem Onkel Sami aus Rotenburg zu verdanken. »Er teilt mit uns«, erzählt Lulzim. Sami habe auch Diabetes, was er bei sich selbst an Insulinspritzen spare, schicke er in den Kosovo. Die Dosis reicht nicht immer. »Wenn man nichts hat, dann hat man nichts«, sagt Lutfi. Sein kleiner Bruder Ferdi fiel in den letzten Monaten mehrfach in Ohnmacht. »Hier hast du kein Leben«, sagt Lutfi.

Sieben Monate später, Ende September 2014, wird die Familie nach den Strapazen einer tagelangen Flucht von Bundespolizisten im sächsischen Altenberg an der Grenze zu Tschechien aufgegriffen. Die Grenzwächter im Erzgebirge sind berüchtigt. Ali Moradi vom sächsischen Flüchtlingsrat spricht von einem »eigenen Territorium«, in dem sich die Polizei nach seinem Eindruck nicht an Gesetze hält. Immer wieder würde versucht, aufgegriffene Flüchtlinge direkt wieder über die Grenzen zu bringen, »ohne Einhaltung des Asylverfahrensgesetzes«. Menschen würden rechtswidrig

in angemieteten Pensionen festgehalten und oftmals pauschal als Schleuser verdächtigt. Deutschland versperrt alle Wege, legal ins Land zu gelangen.

Auch dieser Familie werfen die sächsischen Polizisten unerlaubte Einreise vor. Vater Lulzim sei ein »Schleuser«, weil er den Wagen steuerte, in dem seine Familie saß. »Natürlich« könnten Journalisten die Familie besuchen, gab ein Bundespolizist der taz noch am Telefon Auskunft. Und lacht: »Besuchen ja, aber in Tschechien«, denn dorthin würde die Familie in ein paar Minuten gebracht. »Zurückgeschoben« ist das Wort, das er benutzt. Einer Prüfung des Asylantrags durch das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge oder einer richterlichen Entscheidung bedürfe es nicht, sagte der Grenzpolizist.

Dem Anwalt der Familie, Jan Sürig, versuchen die Beamten zwischenzeitlich sogar vorzumachen, es habe keinen Asylantrag gegeben. Doch Lulzim S. hatte »Asyl!« gerufen, sofort als er aus dem Auto stieg. Das zählt.

Die Familie hätten ihm berichtet, dass sie alle – auch die minderjährigen Kinder – etwa zehn Stunden lang von der Bundespolizei eingesperrt worden seien, erzählt Anwalt Sürig. Die Polizei hingegen habe behauptet, die Kinder seien nicht eingesperrt, sondern nur mit der Mutter im Hof der Polizeiwache festgehalten worden. Erst als Sürig den Beamten droht, sie wegen Freiheitsberaubung anzuzeigen, lassen sie die Familie frei.

In der Ausländerbehörde in Rotenburg schlägt der Familie eine ähnliche Freundlichkeit entgegen. »Was wollen Sie hier?« begrüßt der Sachbearbeiter Herr M. die langjährigen Bürger der Stadt. An der Wand hinter dem Schalter ist mit Edding ein Maßband aufgemalt, zur leichteren Vermessung. Ein Schild mit der Aufschrift »N bis Z« schmückt M.s Kabinentür. Die Familie kennt den Sachbearbeiter noch, für »N bis Z« war er schon vor Jahren zuständig – inklusive ihrer Abschiebung. Die Familie fürchtet ihn. Statt ihnen nun für die Zeit ihres Asylverfahrens eine Duldung auszustellen, wie es sein Job wäre, ruft er die Polizei.

»Der Asylfolgeantrag wird abgelehnt«, sagt Herr M., obwohl nicht er, sondern das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge darüber entscheidet. Die Familie könnte auch in Haft auf die Ablehnung ihres Antrages warten. Schließlich sei doch gerade erst entschieden worden, dass diese Länder sicher seien.

Er meint das Gesetz über sichere Herkunftsstaaten, in dem vom Kosovo allerdings nicht die Rede war. Von einem Paradigmenwechsel, für den die rot-grüne Landesregierung in Hannover wirbt und den Innenminister Boris Pistorius erst kürzlich per Erlass an die Ausländerbehörden ausbuchstabiert hat, scheint er unbeeindruckt. Im Landkreis Rotenburg regiert die CDU. Zwei Polizisten tauchen auf und ziehen schließlich wieder ab. Die Familie erhält eine Duldung für einen Monat.

Lulzim kann nicht mehr. Vorerst konnten sie bei seinem Bruder Sami unterkommen. »Manchmal ist mir sogar die Flasche Wasser zu viel, die auf einem Tisch steht«, sagt er und sinkt in den Sessel. Direkt nach der Ankunft in Rotenburg musste Lutfi ins Krankenhaus. In den letzten Wochen wurde das Insulin knapp. Auch Ferdi wird nun dort behandelt. Die Jahre im Kosovo, die Flucht, die Ungewissheit haben ihre Spuren hinterlassen.

In Samis Wohnung hängen Bilder, es gibt gefüllte Regale, Heizung und einen Computer, der im Wohnzimmer steht. Sami schaut bei Youtube

nach einem alten Video: »Gelem, Gelem« heißt eine Dokumentation über Demonstrationen für ein Bleiberecht von 1989, bei denen Roma 70 Tage lang durch die Bundesrepublik zogen. Lulzim und Ajshe S. waren dabei.

Das Video zeigt Hamburger Polizisten, die einige Roma wegzerren, die im niederländischen Konsulat um Asyl gebeten hatten. Die Schreie, die weinenden Kinder – Ajshe kann die Aufnahmen nicht ansehen und verlässt das Wohnzimmer. Sami macht den Computer aus.

In der Straße seien sie schon wiedererkannt worden, sagt Lulzim. »Sie haben gefragt, wo wir waren.« Vor der Tür steht ein Kettcar. Das sei der größte Unterschied zum Kosovo, sagt Lulzim: »Dass die Kinder draußen spielen können.«



In ihrem Haus in Peč stapelt Familie S. unbenutzbare Matratzen in einem Zimmer. Ferdi benutzt sie als Trampolin.



Ajshe S. fühlt sich in ihrem Haus wie im Gefängnis. Aus Angst vor den albanischen NachbarInnen geht sie kaum noch raus.





Der Herd ist nur Kulisse: Wie viele andere kann Familie S. den Strom nicht bezahlen.

In der Küche wächst der Schimmel an der Wand.



Der Blick aus dem Hauseingang der Familie S.
Wir sollen draußen lieber nicht fotografieren, sagt Lulzim.
Das gäbe Ärger mit den albanischen NachbarInnen.

Dann liegt es also nicht an mir

PRIZREN. Nicht nur wir stellen den Menschen, die wir treffen, unsere Fragen. Viele haben auch Fragen an uns.

Ich sitze mit Bajramsha in Prizren auf dem Boden des Wohnzimmers, in dem nichts steht außer einem Fernseher. Ein Tierfilm läuft ohne Ton.

Bajramsha und ihre Familie wurden vor zwei Jahren im Morgengrauen von zu Hause abgeholt, da war sie 17 Jahre alt. Zehn Minuten haben die abschiebenden Beamten der Familie zum Packen gelassen.

»Ich hab' die Schule geliebt!«, erzählt Bajramsha. Nach der Mittleren Reife plante sie eine Ausbildung. Dann die Abschiebung. Und alles ist plötzlich anders. Hier verlässt sie oft monatelang das Haus nicht. »Mein Wunsch ist zerplatzt.« Seit ihrer Abschiebung hat sie keinen Kontakt mehr zu ihren früheren MitschülerInnen. Wir schweigen. Der Schmerz ist spürbar.

Dann fragt Bajramsha: »Warum sind wir eigentlich abgeschoben worden? Ich weiß das nicht!« Seit der Abschiebung quält sie diese Frage. Statt einer Antwort kommen die Schuldgefühle. Die Angst, etwas falsch gemacht zu haben und selbst der Grund zu sein. Bajramsha erzählt, dass sie nicht immer gut in der Schule gewesen sei und vermutet, dass sie und ihre Familie deshalb abgeschoben worden seien.

Die Verantwortung liegt bei den bundesdeutschen Ausländerbehörden und ihrem Willen zur Abschiebung, erkläre ich. Ich beschreibe die kalte, rassistische Logik von Migrationspolitik. Bajramsha lächelt und sagt: »Dann liegt es also nicht an mir!« Ihre Mutter hat sich inzwischen zu uns gesetzt. Bajramsha übersetzt ihr meine Worte. Ihre Mutter nickt und lächelt mich auch freundlich an. Dann sagt Bajramsha: »Danke. Jetzt haben wir das verstanden.«

In der konkreten Begegnung freue ich mich, denn ich spüre die Erleichterung meiner beiden Gesprächspartnerinnen. Aber ich spüre auch, wie absurd es ist, dass ausgerechnet diejenigen, die die Konsequenzen dieser hässlichen Politik seit Jahren erfahren, mir für deren Beschreibung danken. Es ist beklemmend, keine Hoffnung machen zu können, denn ich weiß, dass sich politisch auf absehbare Zeit nichts verändern wird. Die Aussichtslosigkeit in diesem Wohnzimmer ist fast greifbar. Es ist unendlich traurig.

Mein Wunsch ist zerplatzt.

Danke

DIESEN UND VIELEN ANDEREN Adam | Adini | Adnan
Agim | Ajsha | Amanda | Bajramsha | Burim | Claudia
Danjoll | Eli | Elisa | Elvira | Erdin | Eva | Evira | Ferdi
Gani | Halil | Hyra | Hysen | Ibrahim | Islam | Karin
Kenan | Leonarda | Lutfi | Lulzim | Marc | Milaim
Niza | Ralf | Resat | Ridvan | Rukmina | Sami | Sebilje
Sevginaz | Shkurta | Tina | Tommi | Valon

FÜR VIELE VIELE STUNDEN Bernd Mathis

FÜR TRANSKRIPTIONEN UND ÜBERSETZUNGEN
Olli Guth | Sönke Neander | Ute Wicke

FÜR KORREKTUREN
Catharina Oppitz | Katinka Meyer

FÜR FINANZIELLE UNTERSTÜTZUNG
von Reise und Veröffentlichung

Flüchtlingsrat Bremen

Gefördert aus Mitteln des Kirchlichen
Entwicklungsdienstes durch Brot für die Welt –
Evangelischer Entwicklungsdienst

Holtfort-Stiftung



Pro Asyl



Sebastian Cobler Stiftung

Stiftung :do



Impressum

1. Auflage 2014

RECHERCHE | FOTO | TEXT

Jean-Philipp Baeck | Esat Behrami
Gundula Oerter | Allegra Schneider
Malte Stieber | Jan Sürig

KONZEPT | GESTALTUNG

Koop. Büro für Gestaltung
koop-bremen.de

DRUCK

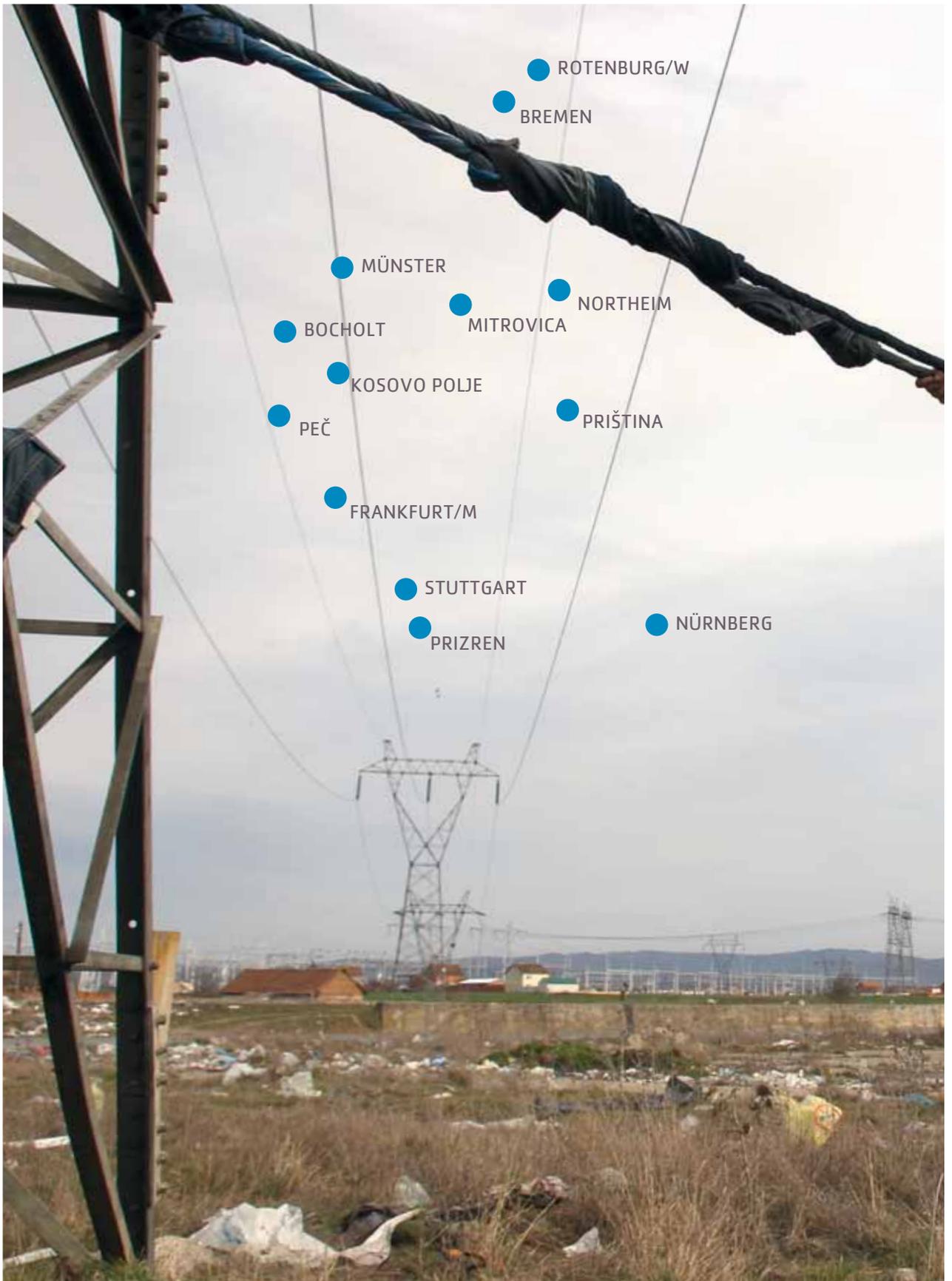
Drucktechnik, Hamburg
drucktechnik-altona.de

VISDP Jan Sürig



WWW.ROMA-CENTER.DE
WWW.ALLE-BLEIBEN.INFO

Anfragen wegen Veranstaltungen | Spenden | Bestellungen an doku@koop-bremen.de



● ROTENBURG/W

● BREMEN

● MÜNSTER

● BOCHOLT

● KOSOVO POLJE

● PEČ

● FRANKFURT/M

● STUTTIGART

● PRIZREN

● NORTHEIM

● MITROVICA

● PRIŠTINA

● NÜRNBERG